

# Der FUNKE

## TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a. Fernruf: P 7, Jannowitz, 5909. Postcheckkonto Berlin Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 57 A

BERLIN • Dienstag, den 8. März 1932

1 JAHRGANG

### Parlamentarischer Kretinismus.

Von Willi Eichler.

Parlamentarischer Kretinismus — mit diesem unfreundlichen Ausdruck wird heute der bedacht, der für das Proletariat in der Wahl des Reichspräsidenten mehr sieht als einen außerparlamentarischen Akt, mehr als eine bloße Stimmenzählung der mit den Zielen der proletarischen Klasse mehr oder weniger Sympathisierenden. Was ist berechtigt an diesem Vorwurf? Was besagt er überhaupt?

Der ISK steht auf dem Standpunkt, daß das Proletariat bei der Präsidentenwahl mehr zu tun hat, als Stimmen zu zählen. Er sieht in dieser Wahl die Möglichkeit und damit die Notwendigkeit, zu verhindern, daß HITLER auf verfassungsmäßige Weise an die Macht kommt. Daß diese Verhinderung in der Tat möglich wäre, und zwar nicht nur durch Kapitulation vor HINDENBURG, sondern durch eine Arbeiterfront — daß dies möglich wäre, bezweifelt im Ernst kein Arbeiter und keine Arbeiterorganisation. Warum kommt also keine Einigung zustande, selbst in einer so auf der Hand liegenden Frage?

Für die Sozialdemokraten und die mit ihnen ideologisch leider noch auf Gedeih und Verderb verbundenen Freien Gewerkschaften heißt ein parlamentarischer Sieg über HITLER bereits ein Sieg über den Faschismus überhaupt. Wie vor einigen Tagen das Blatt des Zentralverbandes der Angestellten schrieb:

„HINDENBURG hat das Vertrauen der Republikaner, und er hat unter diesen Umständen das Vertrauen aller derjenigen, die in ihm die letzte Garantie für die Freiheit der politischen Selbstbestimmung des Volkes sehen.“

Wir wollen davon absehen, daß die politische Selbstbestimmung des Volkes in Deutschland unter der Amtszeit HINDENBURGS so weit abgesackt ist, daß man sie fast mit der Laterne suchen muß, ohne daß die Chancen, sie zu finden, dadurch wesentlich wüchsen. Wichtiger ist hier der Aberglaube, ein Beamter könne die Freiheit des Volkes garantieren. Diese Freiheit kann nur garantiert werden, wenn der stärkere Teil des Volkes den Schutz dieser Freiheit in die Hand nimmt. Selbst, wenn also HINDENBURG die Freiheit und die Selbstbestimmung des Volkes wollte, wenn er also mit den die Freiheit des Volkes knebelnden Bestimmungen Schluss machen wollte, würde ihn die herrschende Klasse (z. B. Großgrundbesitzer, Schwerindustrie und Reichswehr) davonjagen.

Aber HINDENBURG will auch gar nicht die Freiheit und die Selbstbestimmung des Volkes, weil er sie — als Anhänger der Oberschicht — gar nicht für richtig hält. Er ist Monarchist und gläubiger Christ, Grund genug, an die gottgewollten Unterschiede zu glauben. Es ehrt ihn, daß er aus Prinzip gegen Sozialismus, Freiheit und Gleichheit ist, während andere das aus Geschäftsrücksichten sind. Aber es macht uns HINDENBURG eben doch nur moralisch angenehmer als seine Zeitgenossen — praktisch, rechtlich, kommt er als Garant für die Rechte des Volkes so wenig in Frage wie ein anderer Bürger.

Die KP schreibt über ihren „Gradmesser“ beim jetzigen Wahlkampf:

„Wie weit gelingt uns die außerparlamentarische Aufrottung der Werktätigen gegen die BRÜNING-Diktatur, gegen die „Politik des kleineren Übels“, gegen den Hakenkreuzfaschismus?“

Wie brechen wir in die Reihen der Sozialdemokratie ein und entreißen Hunderttausende von proletarischen Klassengegnern der HINDENBURG-Politik?

Und vor allem: Wie können wir in dieser Situation der ernstesten Kriegsdrohung der Sowjetunion diese Wahlkampagne zu einem Teil der breitesten Mobilisierung gegen die imperialistischen Kriegsverbrecher, für die Verteidigung der Sowjetunion, für den Schutz Sowjetchinas, gegen die Aufteilung Chinas durch die Imperialisten? („Rote Fahne“, Nr. 45, vom 1. März.)

Die KPD kämpft um diesen Posten überhaupt nur scheinbar: sie will so ihren Parteiziele dienen.

Es gibt beachtliche Stimmen, die sogar behaupten, daß der KPD ein Sieg HITLERS nicht unerwünscht wäre. Denn (wie THEODOR WOLFF am Sonntag im „Berliner Tageblatt“ mitteilt) auch MANUILSKI soll der von REMMELE geführten deutschen Delegation in Moskau erklärt haben, daß ein Sieg HITLERS der kommunistischen Revolution insofern den Weg freimache, als er den heutigen bürgerlichen Staatsapparat der BRÜNING, SEVERING, HINDENBURG zerschlagen werde.

Aber mag diese Meldung richtig oder falsch sein. — Wir glauben sogar, daß die Mehrheit der Sowjetregierung diesen Wahnsinn nicht für richtig hält. Aber wir wissen aus Erfahrung, daß die politisch-theoretische Unbildung von Ar-

## Die Not steigt.

### Ueberall Lohndruck und Entlassungen.

r Brüssel, 5. März.

Die Löhne der belgischen Bergarbeiter werden ab 20. März um 5 Prozent herabgesetzt.

s Amsterdam, 5. März.

In einer am Freitag in Heerlen abgehaltenen Geheim-sitzung der Vorstände der drei holländischen Bergarbeiterverbände wurde die von den Arbeitgebern geforderte zehnprozentige Lohnkürzung für unannehmbar erklärt.

Am 31. März läuft der Kollektivarbeitsvertrag der Rheinschiffahrt ab. Die Arbeitgeber haben dem Zentralverband der Transportarbeiter die Förderung vorgelegt, die Löhne künftig um 15 Prozent zu senken. Zwischen den Parteien fanden Verhandlungen statt, die bisher ergebnislos waren. Die Arbeitgeber sind angeblich entschlossen, die Lohnkürzungen einzuführen oder, falls dies nicht genehmigt wird, ihre Schiffe aufzulegen.

Zu der am Sonntag gemeldeten geplanten Entlassung von 11000 Bergarbeitern erfahren wir noch aus Kattowitz:

Am Dienstag soll eine Konferenz der Vertreter der Gewerkschaften mit dem Wojewoden stattfinden, in der zu diesen Massenentlassungen Stellung genommen werden soll.

a Mährisch-Ostau, 6. März.

Im Ostrauer Volkshaus fand am Sonnabend eine von 540 Abgeordneten besetzte Revierkonferenz aller Bergarbeiterverbände des Ostrauer Steinkohlenreviers statt. Es wurde eine Entschliessung gefaßt, in der es heißt: Mit Erbitterung stellt die Bergarbeiterschaft fest, daß die Bestrebungen der Gewerkschaftsverbände auf Durchführung von Maßnahmen zur Ueberwindung der Krise, also Kürzung der Arbeitszeit und Einführung abwechselnder Urlaube, durch die Unnachgiebigkeit der großen Unternehmer gescheitert ist. Zu den 6000 bereits entlassenen Arbeitern sollen weitere 12000 Arbeiter, also ein Drittel der noch Beschäftigten, gekündigt werden. Mit aller Entschiedenheit wird dieser Angriff der

### AUS DEM INHALT:

Frankreichs Donaubund-Politik.

Die Lage in China.

Front der Antifaschisten.

Hindenburg-Reden.

Wels im Lustgarten.

Kostensenkung — eine Machtfrage

In Offenbach verhungert keiner!

Tiere sehen Dich an.

Groener und Hitler.

Unternehmer abgelehnt und erklärt, daß die Arbeiter gegen seine Durchführung alle, auch die äußersten Mittel, anwenden werden.

k Borna (Bez. Leipzig), 6. März.

Dieser Tage ist der gesamten Belegschaft — 300 Arbeitern und 20 Angestellten — der Ramsdorfer Braunkohlenwerke vorsorglich gekündigt worden. Der Stilllegungsantrag ist bereits gestellt.

L. G. Der Arbeitgeberverband der rhein/mainischen Gemeinden und Bezirksverbände hat die Tarife der Gemeindearbeiter und der Straßenbahner des gesamten rhein/mainischen Tarifgebiets sowie den Tarif für die Straßenwärter in den Gebieten Starkenburg und Rheinhessen gekündigt. Die Kündigung umfaßt die Bezirke Frankfurt a. M., Offenbach, Darmstadt, Mainz und Wiesbaden.

## Nervosität in Ostpreußen.

Im Osten Deutschlands schwillt das Mißtrauen gegen die Nachbarländer immer wieder an. Der Memeler Konflikt ist noch keineswegs beigelegt. Jetzt heißt es, daß die Litauer am Sonnabend ihre Grenzposten gegen Deutschland an der Memel verstärkt haben. Etwa 600 Mann seien aus Litauen herangezogen worden. Diese Verstärkung der Grenzwachposten, die bei der deutschen Grenzbevölkerung starke Erregung hervorgerufen hat, ist angeblich durch die Angst der Litauer veranlaßt, daß bei der Auflösung des memelländischen Landtages deutsche Verbände aktiv eingreifen könnten. Wieder ist es die Angst auf beiden Seiten, die den Frieden gefährdet.

beiterführern sie zu allem möglichen Unsinn bereits verführt hat. Wir erinnern nur an den „roten“ Volksentscheid der KPD: mit HITLER gegen HITLER. Und wir müssen um so mehr an eine Wiederholung solchen Unsinn glauben, als er nicht eine bloße Entgegnung bedeutet, sondern sozusagen einen theoretischen Grund hat in jener Lehre, die das Proletariat immer in der Erfassung historischer Tatsachen behindert hat: in der Lehre gerade des historischen Materialismus.

Wir können diese Lehre hier weder im einzelnen darstellen, noch können wir sie hier gründlich widerlegen: das ist geschehen in NELSONS kleiner Schrift: „Die bessere Sicherheit“. Aber wir können die Zusammenhänge zwischen dieser Lehre und den abenteuerlichen Taten ihrer Anhänger kennzeichnen durch die Tatsache, daß linke Kommunisten und rechte Sozialdemokraten in bezug auf die Beurteilung der Nazis den gleichen Unsinn reden. Wenn auch die gemeldeten Worte MANUILSKIS nicht gefallen sein sollten, — das Entscheidende ist, daß sie auf Grund der historisch-materialistischen Art, politische Zustände zu analysieren, leicht gefallen sein könnten. Denn auf Grund jener Lehre ist man sich in kommunistischen Kreisen einig, daß ein Sieg HITLERS nur vorübergehend sein könnte. Und ich habe vor einiger Zeit NÖLTING, einen rechten Sozialdemokraten, gehört, der die pathetischen Worte fand: Die Nazis sind Zwischenspiel — der Schlußakt sind wir!

Wir erleben also das Schauspiel, daß keine der beiden großen Arbeiterparteien mit einem wissenschaftlich gesiche-

Nervosität beherrscht auch die Beziehungen Ostpreußens zu Polen. Anfang Februar soll bei einer Feier polnischer Studenten in Danzig der Vertreter des kommandierenden Generals in Thorn erklärt haben, daß er eher nach Königsberg in Uniform als zum zweiten Mal nach Danzig in Zivil kommen werde. Der Landeshauptmann der Provinz Ostpreußen hat daraufhin jetzt an die deutsche Reichsregierung die Aufforderung gerichtet, ihre Aufmerksamkeit auf die Vorgänge im Osten zu lenken und alle nur denkbaren Maßnahmen zum Schutz des bedrohten Ostens zu treffen. HINDENBURG hat darauf geantwortet, daß er den deutschen Ostländern in ihrem Kampf gegen jede nur mögliche Drohung mit allen Kräften beistehen und alle Maßnahmen zu ihrer Sicherung treffen werde.

ten Standpunkt an die politische Arbeit geht. Sie sind sich einig in jener Hauptthese des historischen Materialismus: Der Untergang der Bourgeoisie ist „letzten Endes“ unvermeidlich; man braucht sich also um das Ziel keine Sorge zu machen; denn es ist unmöglich zu verpassen. So kann man denn seinen ganzen Witz auf den Weg richten, den völlig zu verfehlen unmöglich ist.

Wie sich bei einer Lehre, die den Widerspruch zum Prinzip erhebt, von selber versteht, läßt auch diese einander widersprechende Meinungen zu — es ist eigentlich Ansichtssache, welchen Weg man wählt. Die SPD hält völlig unbegründet (aber nicht ohne Berufung auf den historischen Materialismus!) und jeder bisherigen Erfahrung widerstrebend, den parlamentarischen Kampf für die einzig mögliche Art des Kampfes, und verfällt damit der bloßen Kuhhandelei, dem Opportunismus. Die KPD hält mit der gleichen Berufung und mit ebenso wenig Grund und ebenso wenig Achtung der Erfahrung die Beteiligung an parlamentarischen Aktionen lediglich für eine Möglichkeit; Massen auf die Beine zu bringen, deren Beteiligung an der Wahl also als bloße Betreibsamkeit zu benutzen. Damit erreicht sie nur die Abkehr der Massen von politischer Tätigkeit überhaupt und verfällt schließlich jenem Radikalismus, den schon LENIN, und in jüngster Zeit TROZKI, als kommunistische Kinderkrankheit gebrandmarkt haben. Aber freilich: auch LENIN und TROZKI haben niemals an der entscheidenden Grundlage des Versagens der beiden großen proletarischen Parteien gerührt: am historischen Materialismus.

Das ist der Grund für das Versagen der beiden Parteien auch bei der Präsidentenwahl: Keine hat sich der Mühe unterzogen, für die Einigkeit des Proletariats wirklich zu arbeiten. Beide wollen durch Phrasen darüber wegtäuschen, daß sie nichts, aber auch gar nichts getan haben in dieser Richtung, — die KP durch Berufung auf die in der kommunistischen Anwendung alberne These vom Sozialfaschismus der SPD (warum dieser Unterschied zwischen Sozial- und anderen Faschismus, wenn HITLER und SEVERING sich nicht unterscheiden?); die SPD durch die nicht weniger alberne Berufung darauf, daß die Spaltung des Proletariats durch die Kommunisten erfolgt sei. Sowohl KP als auch SP setzen bei ihrer politischen Arbeit Parteiziele über Arbeiterziele. Was sie sich dabei denken, ist gleichgültig, wenigstens für die Leidtragenden. Mögen sie das Beste wollen — auch HINDENBURG will mit seiner Politik (nach allgemeiner Auffassung) das Beste.

Wir haben also gesehen: Die großen Organisationen der Arbeiterschaft werden heute von Menschen geführt, die die Arbeiterschaft von ihrem Ziel mehr und mehr abbringen. Das gilt auch für die Leitung der freien Gewerkschaften, soweit deren Aktionen bei der Präsidentenwahl in Betracht kommen, die ausschließlich der SPD-Parole gehuldigt hat, wenn auch nicht mit so pöbelhaften Ausfällen gegen die KP.

Damit haben wir die Frage nach dem parlamentarischen Kretinismus beantwortet: Es gibt einen positiven und einen negativen parlamentarischen Kretinismus. Der positive sagt: Alles Gute kommt, wenn überhaupt, vom Parlament:

„Die Alternative der Wahl vom 13. März lautet: ... Sieg oder Niederlage der faschistischen Gegenrevolution.“

Dies steht im Leitartikel der „Gewerkschaftszeitung“. Den negativen haben wir in der Äußerung der „Roten Fahne“ gehört. Welche Möglichkeiten ein Arbeiter-Präsident hätte, erwägt sie überhaupt nicht. Schon eine solche Erwägung hält sie für Kretinismus.

Kretinismus bedeutet in unserem gegen KP- und SP-Führung erhobenen Vorwurf das Unvermögen, die Folgen seines politischen Tuns vorauszubedenken. Es bedeutet eine Sperrung gegen vernünftige Einsichten, auch wenn einem diese ins Haus gebracht werden. In der Tat: Der Kretinismus ist bei den beiden Parteileitungen erfüllt. Man kann einem Idioten nicht mit Gründen ausreden, daß er der Kaiser von China sei. Und man kann offenbar weder KP- noch SP-Leitung mit Gründen überzeugen, daß ihre Beurteilung des Parlaments falsch ist. Aber wir betonen nochmals:

Der Kretinismus liegt weniger bei der Arbeiterschaft, als bei ihrer Führung. Und darauf gründet sich unser Vertrauen in die Möglichkeit, die Arbeiterbewegung aus dem Sumpf des Opportunismus und dem Irrgarten des „Radikalismus“ herauszubringen.

Dazu sollten zunächst die Führer genötigt werden, gemeinsame Aktionen der Arbeiterschaft vorzubereiten. Das kann geschehen durch Bearbeitung der Funktionäre seitens der Mitglieder bei allen Gelegenheiten, wo vorläufig die Mitglieder noch das Recht haben, sich zu äußern. Man darf, den führenden Genossen nicht erlauben, sich hinter solche Ausflüchte zurückzuziehen wie: Die anderen wollen nicht. Daß die Leitung des ADGB nicht eine Einladung an die Arbeiterorganisationen geschickt hat zur Ausfindigmachung eines gemeinsamen Arbeiterkandidaten, lag daran, daß sie und nur sie nicht gewollt hat. Daß weder KP- noch SP-Leitung etwas in der Richtung auf die Einheitsfront unternommen haben, lag ebenfalls nur an ihrer eigenen, nicht an der Borniertheit der anderen. Das muß man den Verantwortlichen sagen — und zwar deutlich. Denn die Uhr der Arbeiterschaft ist kurz vor dem Stillstehen. Und wann sie danach wieder aufgezogen werden kann und wird, das weiß keiner von uns — auch die Wahrsager des historischen Materialismus wissen das nicht.

Freilich: Die Reichspräsidentenwahl würde, selbst wenn ein Arbeiterkandidat ans Ruder käme (von HINDENBURG ganz zu schweigen!), nicht dem Faschismus den Todesstoß versetzen. Wir grenzen uns gegen positiven Kretinismus ab: Wirk-

liche Kraft erhält der Besitzer eines Postens immer nur durch Kräfte, die hinter ihm stehen und nicht durch papierte Rechte. Aber die Wahl eines solchen Kandidaten hätte doch einen Sinn. Hier grenzen wir uns gegen den negativen Kretinismus ab: Zunächst wäre der faschistische Kandidat nicht legalisiert worden; dann wäre die Arbeiterschaft geeinigt durch das Bewußtsein, diese gemeinsame Tat vollbracht zu haben. Sie wäre also stärker geworden. Sie wäre ferner weiter an der Einigkeit interessiert durch den Willen, ihren Mann auf dem Präsidentenposten zu schützen gegen die unvermeidlichen Angriffe der Bürger gegenüber diesem Mann. Sie würde ferner vom positiven Kretinismus geheilt werden durch die Erfahrung, daß auch ein Arbeiter-Reichspräsident nicht alles tun kann, was er will, daß also die Arbeiterschaft nicht befreit werden kann durch die Besetzung einer Verwaltungsstelle im bürgerlichen Staat, sondern daß dazu der Kampf um die reale Macht, um die Machtmittel des Staats kommen muß.

Und die bloße Tatsache, daß die Reichspräsidentenwahl manche Menschen, ja viele, vom positiven Kretinismus heilen kann, würde wieder andere vom negativen Kretinismus heilen.

### Die Lappo-Führer gefangen.

n Helsingfors, 7. März.

Am Sonntag abend wurden die Lappoführer WALENIUS, KOSOLA, KOIVISTO, SARIO, SOMERSALO und SUSITAIVAL gefangen genommen und im Auto nach Helsingfors gebracht, wo sie von der Polizei in Empfang genommen wurden. Der Staatspräsident hat das militärische Oberkommando wieder niedergelegt. Zensur und Beschränkung des Telefonverkehrs, der am Sonnabend erneut gesperrt worden war, sind aufgehoben worden. Am Montag wird auch die Aufhebung des Belagerungszustandes erwartet. Am Sonntag nachmittag haben die Lappo-Truppen sich aus Mäntsälä zurückgezogen.

### Attentat in Moskau.

Deutscher Botschaftsrat verwundet.

s Moskau, 5. März.

Auf den deutschen Botschaftsrat von TWARDOWSKI wurde in Moskau von einem russischen Studenten ein Attentat ausgeübt, bei dem TWARDOWSKI aber nur unerhebliche Verletzungen erlitt. Der Attentäter ist von der GPU festgenommen worden. Man meint, daß es sich um einen Geisteskranken handelt.

### Polnische Kohlenausfuhr.

z Warschau, 6. März.

Der polnische Handelsminister, General ZARZYCKI, kündigte am Sonnabend im Senat an, daß die Regierung die Absicht hat, demnächst einen Regierungskommissar für die Kohlenindustrie zu ernennen. Dieser Kohlenkommissar würde mit weitgehenden Vollmachten bezüglich der Kohlenförderung und des Kohlenhandels ausgestattet sein. Die Regierung will besonders die Kohlenausfuhr in, der bisherigen Höhe unter allen Umständen aufrechterhalten. In diesem Zusammenhang würde eine besondere Verkaufszentrale ins Leben gerufen werden, der die Gruben zwangsweise angehören müßten und die für einen Ausfuhrfond einen Beitrag von 2,50 Zloty pro Tonne zu entrichten hätte. Der Kohlenkommissar würde ferner auch das Recht erhalten, die Verwaltung und Buchführung der einzelnen Gruben eingehend zu prüfen.

### Wirtschaftskrise in Südslawien.

t Belgrad, 5. März.

Die südslawische Wirtschaftskrise verschärft sich von Tag zu Tag. Die Nationalbank hat sich am Sonnabend abend gezwungen gesehen, den Banken zu erklären, daß sie in Zukunft die Zuteilung von Devisen vollkommen einstellen müsse. Diese Mitteilung der Nationalbank ist um so bemerkenswerter, als die Einfuhr nach Südslawien schon jetzt auf ein Mindestmaß gesunken ist. Einfuhr und Ausfuhr sind in der letzten Zeit so stark zurückgegangen, daß das Handelsministerium von der Veröffentlichung der Monatsbilanzen

die meinen, eine solche Wahl hätte überhaupt keinen Sinn, — ganz abgesehen davon, daß unter Umständen auch manche Besserung der Lage der Arbeiterschaft ausgehen könnte von dem Arbeiter-Reichspräsidenten, die heute von HINDENBURG nicht ausgeht und nicht ausgehen kann.

An den Kandidaturen für den ersten Wahlgang ist nichts mehr zu ändern. Er wird wahrscheinlich einen zweiten nötig machen. Für diesen gilt weiter, ja verschärft, was wir für den ersten gefordert hatten: Die Arbeiterschaft braucht einen gemeinsamen Kandidaten — alles andere, auch das Festhalten der KP an dem Parteivorsitzenden (also an einem ausgesprochenen Parteikandidaten) THÄLMANN, ist eine Brückierung der Arbeiterschaft, verletzt ihr unmittelbarstes Interesse: das der Schaffung ihrer Einigkeit. Mögen die Verantwortlichen sehen, was aus den ihnen anvertrauten Pfunden wird. Die Arbeiterschaft und alle Freunde der Einheitsfront müssen jetzt alle Kräfte in den Dienst dieser drängendsten Aufgabe stellen:

Der Schaffung einer Einheitsfront!

seit Dezember vorigen Jahres Abstand genommen hat, um die Bevölkerung nicht zu bounruhigen. Die kritische Finanzlage des Staates wurde aber trotzdem durch den Zusammenbruch des Weizenmonopols offenbar. Der Ministerrat beschloß am Freitag in den späten Abendstunden, das „Weizenregime“ abzuschaffen, weil die Regierung nicht mehr in der Lage ist, die ihr daraus erwachsenden Finanzverpflichtungen zu erfüllen. Bisher hatte die Regierung den Bauern verhältnismäßig viel für Weizen bezahlt und diesen dann mit Verlust ausgeführt.

### Wahlergebnis in Irland.

in London, 7. März.

Das endgültige Wahlergebnis in Irland ist wie folgt: Fianna Fail (Republikaner) 72, COSGRAVE-Partei 56, Unabhängige 11, Farmer 4, Unabhängige Arbeiter 2, Arbeiter 7.

### „Vernünftiger Nationalismus“.

H. Lt. So überschreibt der „Bayerische Kurier“ eine Meldung aus Siena (Italien), in der es heißt: Die faschistische Stadtverwaltung hat beschlossen, zahlreichen Plätzen und Straßen, die nach den Führern der italienischen Einigungskämpfe von 1870 benannt sind, ihren vorherigen Namen wiederzugeben. — Bekanntlich wurde damals durch die nationalen Revolutionäre der Kirchenstaat enteignet! Wie „vernünftig“ der faschistische Nationalismus ist, sehen wir zum Beispiel daran, daß die nach dem Revolutionär RICASOLI benannte Straße jetzt wieder den Namen des Heiligen MAURITIUS führt.

### Ungarn und Spanien.

H. Lt. Sämtliche Abgeordneten des Ungarischen Parlaments — mit Ausnahme der Sozialisten — haben eine Interpellation an den Außenminister gerichtet, in der es unter anderem heißt: „Ohne uns in die Angelegenheiten eines Staates zu wollen, der mit uns in Freundschaft lebt, beobachten wir doch mit Schmerzen, daß auf dem Gebiete Spaniens Männer, Frauen und sogar Kinder, die an ihrer Religion festhalten, deswegen verfolgt werden und von den Massen sogar Mißhandlungen erdulden müssen. Wir bitten daher den Außenminister, er möge gelegentlich bei der Regierung der spanischen Republik dahin wirken, wie dies bei Staaten, die untereinander in Freundschaft leben, möglich und üblich ist, sie wolle die Gewissensfreiheit ihrer Untertanen schützen und verhindern, daß Menschen wegen ihrer Ueberzeugung körperliche Verletzungen erdulden müssen.“

„Wir wollen uns nicht einmischen, wir mischen uns aber doch ein!“ Gibt es im HORTHY-Ungarn keine Menschen, die wegen ihrer Ueberzeugung körperliche Verletzungen erdulden müßten? Wie heuchlerisch ist diese Interpellation! Wir reden nicht grundsätzlich der Neutralität das Wort. Spaniens Kampf gegen die Dunkelkammer bedarf der Unterstützung aller Länder.

## WAHN-EUROPA 1934.

### VON HANNS GOBSCH.

Copyright by Fackelreiter-Verlag, Berlin

(56. Fortsetzung.)

Germaine fühlt ihre Hand immer noch in der seinen liegen. Sie ist diesem Mann gegenüber ohne Widerstand. Fast hilflos klingen ihre Worte: „Ist es nicht schrecklich, in entscheidenden Stunden ohne Harmonie zu sein und keinen festen Grund unter den Füßen zu fühlen?“

Brandt blickt ein paar Sekunden ins Leere, dann plötzlich auf die Uhr an seinem Handgelenk. Sachlich und ohne Beziehung zu Germaines Frage sagt er: „Die Zeit ist jetzt karg zugemessen. Wann Sie jetzt in Ihr Fraktionszimmer zurückkommen, ist in Ihnen vielleicht noch ein Stück meines Willens wirksam. Immer daran denken: Karneval! — Aschermittwoch!“ Er begleitet sie zur Tür.

Drei Uhr nachts sind im Palais Bourbon die Vorpostenkämpfe beendet. Die Regierungsparteien haben nach erbittertem Ringen ihre gemeinsamen Stellungen bezogen, die sie in wenigen Stunden in der Kammer verteidigen werden. Auch die Zimmer der sozialistischen Fraktion zeigen kein Licht mehr. Nur die Kommunisten sind noch beisammen und können anscheinend kein Ende finden.

Brandt fährt durch die Rue de Bourgogne, wo die um ihren Nachtschlaf geprellten Soldaten mit umgehängten Gewehren einhertraben. Das Auto federt über den Pont de la Concorde, vorüber an Maschinengewehren und Geschützen, an zusammengestellten Gewehrpyramiden, an Stahlhelmen, die im Schein der Brückenscheinwerfer glitzern und schimmern.

Müde und zerschlagen lehnt Brandt in der Wagenecke. Im Halbschlaf denkt er weiter. Vor vierundzwanzig Stunden landete der ‚Helfos‘ ... Ist die Kugel in diesen Stunden nicht bedrohlich weitergerollt? ... Capponi ... Saint Brice ... Belgrad ... Rom ... Völker in Angst! ... Völker im Aufbruch? ... Oder Marsch nach Gogatha? ... Germaine ... die blonde, verhaltene Germaine! ... Luftflotten, die sich sammeln zur Vernichtung ... Heere, die

zum Generalstreik rüsten ... Solidarität der Völker! ... Wie schmachlich haben die Genfer Bankrott gemacht! ... In sieben Stunden wird er in der Kammer sprechen! Was soll er sagen? Die „Patrioten“ werden wie eine Meute über ihn herfallen! ... Aber draußen auf dem Quai d'Orsay werden Hunderttausende im Chor rufen: Brandt! Hoch Léon Brandt! Wir verfluchen den Krieg! ... Krieg! ... Rom ... Paris ... Belgrad ... Germaine ... „Ist es nicht schrecklich, in entscheidenden Stunden ohne Harmonie zu sein, ohne festen Grund?“ ... Ja, Germaine, schrecklich ist das! ... Taumelnde Völkerhaufen, um ein Zentrum gehetzt, das pathetisch Schicksal genannt wird! ... Die Italiener — werden sie marschieren, wenn der Duce die Faust hebt? ... Aber die Mailänder werden aufzutreten! Das Mailänder Funktelegramm, das vorhin Laroque brachte, klingt hoffnungsvoll! „Wir bieten letzte Kraft auf, der Diktatur Capponi unsern Willen aufzuzwingen“ ... Gut so, Mailänder! Ihr seid zwar nur ein paar Tausend Entschlossener ... Aber die in Berlin und Warschau, die in Kopenhagen, London, Wien und Budapest — alle sind eure Sekundanten! Saint Brice muß das Feld räumen! Er und seine Mitregierer müssen heute in der großen Kammersitzung zu Tode gehetzt werden ...!

Brandt kann vor Müdigkeit seine Gedanken nicht mehr ordnen. Sein Kopf fällt gegen das Rückenpolster.

Draußen marschieren und klirren Truppen, um Paris zu schützen ... gegen wen ... gegen wen ...!

### XVIII.

Als Europa an diesem Morgen aus traumzerquältem Schlaf erwacht, schreiben in allen Hauptstädten die Zeitungsbänder die neuen Meldungen in die Morgenluft: „Heute entscheidende Kammersitzung in Paris!“ — „Das Duell Saint Brice-Brandt!“ — „Italiener geheimer Aufmarsch!“ — „Endkampf zwischen Imperialismus und Weltgewissen!“ — „Die deutsche Sphinx!“ — „Die Drohung der Union!“

Der Rücktritt Brandts war gestern am Abend in Europa bekannt geworden. Er rief eine betäubende Wirkung hervor. Bankrott der Friedenspolitik! — konstatierten die Völker mit hohen Augen.

Gegen Mitternacht waren die Aktionskomitees der „Union“ in den offenen Kampf eingetreten. In Berlin, London,

Wien und Warschau, in allen Hauptstädten empfangen die Regierungen die Forderungen der Vereinigten Gewerkschaften eines Erdteils: „Jede Regierung hat zu erklären, daß sie den Krieg als Instrument der Politik ablehnt; daß sie ferner die Mobilmachung oder Kriegserklärung eines Staates mit europäischem Boykott beantworten wird. Die ‚Union‘ wird — bleiben ihre Forderungen unerfüllt — in dem betreffenden Land den Generalstreik anordnen.“

Die Wirkung war ungeheuer. Sie lähmte die Entschlußkraft der Kabinette. In London erklärt sich die Regierung ohne Zögern in Uoboreinstimmung mit den Wünschen der Gewerkschaften. Sie war zu klug, um sich in gefahrvoller Stunde mit der Masse des Volkes zu überwerfen. Sie fühlte sich zugleich erleichtert, ihre Verantwortung auf die breiten Schultern der Nation abladen zu können. Sie erblickte aber auch im Vorgehen der ‚Union‘ ein starkes Mittel, Rom und Paris zum Einlenken zu bewegen.

In Warschau empfing der polnische Diktator die Abgeordneten der ‚Union‘ überhaupt nicht, sondern ordnete den Belagerungszustand an. Fester denn je war Polen mit Frankreich zusammengeklittet. Stürzte in Paris der Baron Saint Brice und kam Léon Brandt an seine Stelle, dann mußte Versailles das Fundament polnischer Souveränität! Der Streit Frankreichs war der Streit Polens!

In Prag nahm die Regierung das Ultimatum der ‚Union‘ schweigend entgegen. Zehn Minuten später herrschte Belagerungszustand.

Die Reichsregierung in Berlin wählte den goldenen Mittelpunkt. Sie entsagte weder ihren heimlichen Wünschen noch verdarb sie es mit den mächtigen Gewerkschaften. „Krieg? Kein Gedanke!“ erklärte der Reichskanzler den Abgeordneten der ‚Union‘. „Wir verwerfen auch nicht den Gedanken, ein kriegführendes Land zu boykottieren, sofern es deutschen Interessen entspricht. Aber wollen die deutschen Gewerkschaften den günstigen Augenblick verpassen? Europa auf eine neue, gesunde Basis zu stellen? Dieser Augenblick ist jetzt da, meine Herren! Gut, ein Generalstreik verhindert vielleicht günstigenfalls den Kriegsausbruch zwischen Frankreich und Italien. Ist damit die Krankheit gehoben? Kommt damit die Wirtschaft auf die Beine?“ (Fortsetzung folgt.)

# Groener an Hitler.

GROENER hat am Sonnabend auf HITLERS Brief an HINDENBURG mit einem Schreiben geantwortet, dessen wichtigste Abschnitte wir hier wiedergeben:

„Sie haben am Sonntag, dem 28. Februar 1932, Vertreter der ausländischen Presse empfangen, um ihnen den Inhalt eines Briefes an den Herrn Reichspräsidenten mitzuteilen, der erst mehrere Stunden nach diesem Empfang in die Hände des Adressaten gelangt ist. Die Würde des deutschen Staatsoberhauptes gebietet, die persönliche Beantwortung eines Schreibens zu verweigern, das nur formell an seine Adresse gerichtet war, praktisch aber einer an das Ausland gerichteten Propaganda dienen sollte. . . .

Ihr Appell an die „Prinzipien der Ritterlichkeit“ . . . veranlaßt mich zu der öffentlichen Klarstellung, daß der Versuch, einen Mann, der sieben Jahre lang ein bewundernswürdiges Zeugnis seines Bemühens um objektive Amtsführung abgelegt hat, in Gewissenskonflikt zwischen Amtspflicht und persönlicher Loyalität zu bringen, meinem Empfinden von Ritterlichkeit widerspricht. Ich hätte jedenfalls erwartet, daß die persönliche Behandlung, die Ihnen noch vor wenigen Monaten durch den Herrn Reichspräsidenten zuteil geworden ist, an den Methoden Ihrer Wahlpropaganda nicht spurlos vorübergehen würde. . . .

Wahlfreiheit bedeutet aber nicht einen Freibrief für alle Ausschreitungen im politischen Kampf. Ihr Hinweis auf eine angebliche Verfassungswidrigkeit der bestehenden Verordnungen während des Wahlkampfes geht an dem klaren Sinn des Artikels 125 der Reichsverfassung vorbei.

Sie rufen den Schutz des Reichspräsidenten an gegen Teile des Wahlaufsatzes der SPD, in denen die Beförderung ausgesprochen wird, daß Ihre Wahl Krieg und Bürgerkrieg und Vernichtung aller staatsbürgerlichen Freiheiten zur Folge haben könne. Vergleicht man diese dunklen Prophezeiungen mit den Aufrufen und Kundgebungen, die Ihre Partei seit Jahr und Tag über ihre Gegner in Deutschland verbreitet hat, so kann die mit einem Male gezeigte Empfindlichkeit nur Verwunderung auslösen.

Ich bin zwar kein politischer Propagandist, aber ich möchte doch annehmen, daß es für Sie ein einfaches Mittel gäbe, sich selbst gegen die Ihnen unberechtigt erscheinenden Befürchtungen zu wehren — nämlich endlich einmal die klare Hervorhebung ihrer positiven Ziele, um damit die erste Sorge Millionen Deutscher um die Entwicklung unserer Außenpolitik und die in späterer Zukunft liegenden Gefahren einer bolschewistischen Entwicklung zu zerstreuen.

Sie nehmen mit Recht für sich in Anspruch, daß der Wahlkampf auch gegen Ihre Person ritterlich geführt werde. Ich zögere deshalb nicht, auf Grund der von Ihnen vorgeleg-

ten Bescheinigung der österreichischen Behörden in Linz die Behauptung, Sie seien österreichischer Deserteur gewesen, als unrichtig zu bezeichnen. . . .

... muß ich doch feststellen, daß in der von Ihnen betriebenen Propaganda die unangreifbare Persönlichkeit des Reichspräsidenten von HINDENBURG immer wieder durch eine völlig entstellte Darstellung der Träger seiner Kandidatur herabzusetzen versucht wird. Ich will den Fall nicht öffentlich aufgreifen, der kürzlich zur Beschlagnahme einer von Ihnen herausgegebenen illustrierten Zeitschrift führen mußte. Aber ich bin es dem Mann, der mit seiner Kandidatur ein tief erschütterndes persönliches Opfer gebracht hat, schuldig, die Wahrheit festzustellen: HINDENBURG ist nicht „der Kandidat CRISPIENS“, ist nicht der Kandidat einer Partei, sondern er ist der Kandidat von Millionen deutschen Arbeitern genau so wie von Millionen Volksgenossen in anderen Ständen. . . .

CRISPIEN wird nach all den Versicherungen, daß HINDENBURG nicht sein Kandidat sei, wohl nichts anderes übrig bleiben, als THÄLMANN zu wählen.

An der Tatsache, daß GROENER mit diesem Schreiben von HITLER abrukt, ist nur dies bedauerlich, daß GROENER überhaupt noch einen Brief schreiben mußte, um sein Abrücken von HITLER deutlich zu machen; daß er nicht die wirkungsvollere und würdigere Form der Ablehnung wählen konnte: die Nichtbeachtung. Das er es nicht konnte, ohne sich dem Verdacht einer wohlwollenden Neutralität auszusetzen, ist seine eigene Schuld: es liegt an den Freundlichkeiten, die GROENER bisher den NS erwiesen hat. Daß also das Briefschreiben nötig war, ist, wie gesagt, bedauerlich; denn voraussichtlich wird HITLER auch diese Abfuhr benutzen, um durch eine pomphaft Entgegnung die Aufmerksamkeit auf sich zu lenken und dann zu denen zu sprechen, auf die seine Demagogie stärker wirkt als GROENERS Brief: zur Menge der Urteilslosen.

## „Rote Fahne“ verboten.

h Berlin, 5. März.

Der Polizeipräsident hat die „Rote Fahne“ am Sonnabend abend bis Dienstag einschließlich verboten.

b Altona, 5. März.

Die Sonnabendausgabe der kommunistischen „Hamburger Volkszeitung“ und deren Kopfblatt „Norddeutsche Zeitung“ ist von der Polizeibehörde beschlagnahmt worden.

## „Das ist für uns schon Grund genug“.

h Berlin, 6. März.

Kundgebung der „Eisernen Front“ im Lustgarten. Es fing an mit Roboltschloßenden Flugzeugen, die auf der Unterseite ihrer Tragflächen groß den Namen HINDENBURG trugen. Zwischen Dom und Schloß zogen sie ihre Schleifen und jagten einander. Ein etwas unmotiviertes Treiben, das den Eindruck des Spielerischen auch dann nicht einbüßte, als sich ein neues, elegantes Flugzeug hinzugesellte, das zur Abwechslung die „Parole HITLER“ verkündete und sich bemühte, die andern in Winkeln und im Kopf stehen zu übertreffen. Sobald der Fremdling erkannt wurde, hängte sich der Behendeste der „HINDENBURGS“ ihm an die Fersen und folgte getreu allen Haken und Windungen des HITLER-Jüngers. Von Zeit zu Zeit verschwand der Schwarm, um auch in anderen Gegenden Berlins zu dokumentieren, daß den beiden an diesem Spiel beteiligten Parteien zwar erhebliche Geldsummen aber wenig Ideen für den Wahlkampf zur Verfügung stehen.

## Öffentliche Versammlungen des ISK:

**Bergedorf:** Donnerstag, den 10. März, 20.15 Uhr, Gasthaus Kröger, Brunnenstraße (Eingang Bleichertwiete). Thema: „Soll der Faschismus wirklich siegen?“

**Berlin:** Bezirk Wedding: Dienstag, den 8. März, um 20 Uhr, im Gesellschaftshaus ISERT, Maxstraße 12. Thema: „Wie überwinden wir die Gefahr des Faschismus?“

**Braunschweig:** Dienstag, den 8. März, 20.15 Uhr, „Handelshof“, Lessingplatz 5. Thema: „Wen wählen wir als Reichspräsidenten?“

**München:** Dienstag, den 8. März, um 20 Uhr, Gasthof „Goldener Stiefel“, Sendlinger Str. 67. Thema: „Arbeiterschaft und Reichspräsidentenwahl.“

**Witten-Ruhr:** Dienstag, den 8. März, 20 Uhr, Gasthaus Burchholz, Winkelstraße. Thema: „Die Stellung des ISK zur Präsidentenwahl.“

**Freie Aussprache. Eintritt frei.**

## „Tiere sehen dich an.“

(Film-Matinee in der „Kamera“, Berlin.)

EIPERS Buch mit dem gleichlautenden Titel steht in vielen besseren Bücherschränken. Der Verfasser hat nun den Stoff auch mit der Kamera eingefangen. So hinreißend schön und lebendig, daß man jedem ein Privatkino wünschen möchte, damit er sich den Film täglich vor dem Mittag- oder Abendessen abrollen lasse. (Vielleicht bleibt ihm gelegentlich das Kottelett im Halse stecken beim Anblick der besetzten Kreatur.)

Obwohl die Tiere nicht in der Wildnis aufgenommen worden sind, wird doch nicht der Eindruck von Geschöpfen hinter Gitterstäben erweckt. Und abgesehen von ein paar Kindern, die auch mehr wie junge Tiere wirken, tritt der Mensch in den ihm gebührenden Hintergrund.

Das weite Tierreich in seiner Fülle spaziert vor uns auf: Voran der majestätisch schreitende Löwe, der sich seiner Würde als Wappentier bewußt ist. Dann scheue Antilopen, zerbrechlichen Gazellen, Walrosse im Liebespiel, humoristische Pinguine (die dahinwatscheln wie unsere Reichstagsabgeordneten in den Wandelgängen; es fehlen nur die Aktentaschen.) Ferner nachdenklich sich laufende Affen, groteskes Federvieh, wie Marabus, Kraniche, Eulen und Totenvögel, dann wieder Tiger und Leoparden mit sehnig-straffen Leibern, Bären, Seehunde, Zebras — kurz die gesamte Arche Noah ist versammelt.

Für die Bestie Mensch sind noch besonders zu vermerken die rührend-drolligen Tierbabys, die mütterlich umhertreten: spielerisch sich balgende Panther, das junge ungelackte Dromedar, das seiner Mutter wie ein Schatten nachhumpelt und übermütige Wildkatzen, die wie in einem amerikanischen Trickfilm allerlei Hokuspokus treiben. Am rührendsten sind die beiden Oran-Utang-Kinder, die sich wie ängstliche Geschwister umarmen.

Ich möchte keinen Baedeker durch diesen Tierfilm schreiben, auch keinen pedantischen Katalog entwerfen. Nur ein paar Fingerzeige, um zum Besuch anzulocken. Dieser Film ist es wert, in den Abendspielplan übernommen zu werden.

Zum Schluß noch eine kleine Lobpreisung der „Kamera“, die den Film in einer Sonntagsmatinee herausbrachte. Dieses Kleine Theater unter den Linden ist eins der wenigen Kinos

von Niveau. Es hat eher den Mut, abwegige Experimente zu machen, als in die Niederungen der Publikumsreife hinabzusteigen. Die jüngsten Verdienste der „Kamera“ waren die Wiederaufnahme des schönen Russenfilms „Erde“ von DOWSCHENKO und des Antikriegsfilms „Niemandland“. Wir raten jedem Filmbesucher, den Spielplan dieses Theaters zu verfolgen. Ipp.

## Hindenburg-Propaganda.

Selbstentworfenen Reden.

f Düsseldorf, 5. März.

„Die jetzige Präsidentenwahl hat eine größere Bedeutung als die von 1925. Ich hätte die Kandidatur damals nicht angenommen, wenn ich gewußt hätte, was ich heute weiß. Wir haben uns damals geirrt. Wir wußten von HINDENBURG kaum mehr, als daß er ein großer Feldherr sei. Wir wußten auch schon, daß er ein Mann der Pflicht war. Ich habe dann zwei Jahre als Kanzler mit HINDENBURG zusammengearbeitet. Da habe ich ihn erst kennengelernt, wie er wirklich ist. Wenn alle so klug wären, wie HINDENBURG, dann stände es anders um uns. HINDENBURG hat alle seine Reden meist selbst entworfen.“ (WILHELM MARX auf einer Jugendkundgebung der Düsseldorf-Zentrumsparlei.)

h Berlin, 5. März.

Der Reichspräsident wird in der Woche vor der Präsidentenwahl eine Rundfunkansprache halten, die auf alle deutschen Sender übertragen wird. Ebenso wie am Jahreswechsel will der Reichspräsident auch diesmal selbst das Konzept der Rede abfassen, weil er persönlich zum Volke zu sprechen wünscht.

Damit ist die Behauptung böswilliger Intriganten zurückgewiesen, Staatssekretär MEISSNER habe sich bei der Ausarbeitung der Neujahrsansprache des Reichspräsidenten nicht viel Mühe gegeben!

Kapitalismus.

o Königsberg, 6. März.

Nach Ausführungen über die Unantastbarkeit des Charakters HINDENBURG und über anderes kam der Reichsfinanzminister DIETRICH in seiner ersten HINDENBURG-Wahlrede auf des Pudels Kern:

Die Zuschauermenge im Lustgarten und vor dem Schloß wuchs. Es ging friedlich zu. Hier und da wurde sogar von der Reichspräsidentenwahl gesprochen. „Wenn HITLER man nicht doch durchkommt. Wo die Kommunisten schon THÄLMANN wählen. Die Stimmen gehen doch alle verloren.“ „Ach was, HINDENBURG macht das Rennen, schon im ersten Wahlgang. Das ist sicher, das glauben Sie man.“ „Wir können ja auch froh sein, daß wir uns in dem getäuscht haben. Der hält seinen Eid auf die Verfassung.“

Endlich kam WELS, der als Vertreter „der Partei“ der Eisernen Front die Wahlsprache hielt. Thema: „Deutsche Treue“ und „deutsche Einigkeit“. Die deutsche Treue wurde daran erläutert, daß die Rechtsparteien sie HINDENBURG gegenüber nicht bewiesen hätten, und die deutsche Einigkeit am Zwiespalt in der Harzburger Front. Und die Lehren, die WELS daraus für die Versammelten zog, die er im Eifer der Rede mit: „Ihr, sozialdemokratische Arbeiter“ andeutete? Wörtlich: „Der Faschismus sagt, daß HINDENBURG gehen soll. Das ist für uns schon Grund genug, zu sagen, daß er bleiben soll.“

Das ist Grund genug, aus dieser Rede nicht mehr mitzuteilen. Was wird die Sozialdemokratie tun, wenn HITLER einmal von seinem Anhang nach Hause geschickt wird?

## 9 Monate Festung! „Vorbereitung zum Hochverrat.“

k Leipzig, 4. März.

Der vierte Strafsenat des Reichsgerichts verurteilte am Freitag den Redakteur der „Inprekor“, MAX GOHL, wegen Vorbereitung zum Hochverrat und Vergehen gegen § 4, Absatz 1, des Republiksschutzgesetzes zu 9 Monaten Festungshaft. Entscheidend für diese Verurteilung war ein Artikel der „Inprekor“, Nr. 22 aus dem Jahre 1930. Dieser Artikel behandelt die Geschichte der Pariser Kommune und fordert, daß aus dem Versagen der Kommune die Lehren für den nächsten Bürgerkrieg gezogen werden sollten. Das Gericht vertrat den Standpunkt, daß dieser Artikel die Massen ideologisch auf den Bürgerkrieg vorbereiten solle und insofern eine Vorbereitung zum Hochverrat darstelle.

Es scheint, daß beim Reichsgericht einige Reichsgerichtsräte nichts weiter zu tun haben, als in alten Zeitung herumzusehen, ob man den verantwortlichen Schriftleitern nicht noch nachträglich etwas am Zeuge flicken könnte. Bekanntlich war der Artikel, dessentwegen OSSIEZKY verurteilt worden ist, auch schon einige Jahre alt.

Wir empfehlen den Herren am Reichsgericht, die Jahrgänge des „Simplicissimus“ vor etwa dreißig Jahren nachzuschlagen. Sie finden dort noch etwas Handgreifliches an guten und lesenswerten Wahrheiten, die damals noch nicht verboten waren, die sie aber vielleicht jetzt noch ahnden können.

## Lindberghs Baby.

Seit Tagen beschäftigen sich die Zeitungen mit der Sorge um das Schicksal eines Kindes. Der kleine Sohn LINDBERGHs, des Ozeanfliegers, ist entführt worden — es handelt sich anscheinend um einen Anschlag auf das Geld des Vaters.

Das Schicksal von Kindern ist gewiß eine Angelegenheit, die ernst genommen zu werden verdient. Wem es aber darum geht, dem wird das Schicksal all der Proletariatskinder, deren Eltern nicht in der Lage sind, ihre Kinder gegen die ihrer Gesundheit drohenden Gefahren zu schützen mehr am Herzen liegen, als das des kleinen LINDBERGH. Hier ist es nur der Name und das Geld des Vaters, die die Erregung hervorgerufen haben. Amerika hat seine Sensation erhalten, und Europa nimmt eifrig daran teil.

Das privatkapitalistische System könne sich nur halten, wenn es imstande sei, Arbeit zu schaffen. Er, der Redner, bedauere außerordentlich, daß seine Bestrebungen auf diesem Gebiet nicht vorwärts gebracht worden seien. (Wir weniger! Denn DIETRICH will bekanntlich die Wirtschaft von der Schwerindustrie aus ankurbeln. D. Red.) Was wir noch machen könnten, sei, den Osten Deutschlands umzugestalten. Das aber sei nur möglich, wenn die Besitzverhältnisse geändert würden, und dazu sei heute der Augenblick gekommen. Hier im Osten sei Land, und mit der Auffüllung dieses Landes mit Menschen würde auch die Mauer gegen die Welle von Osten geschaffen.

Kurz: Um den Kapitalismus und das Deutschland im Osten zu erhalten, wählt HINDENBURG.

Charakter.

h Berlin, 6. März.

„Ich will nur mit einigen Worten auf das eingehen, was überall in der Geschichte für eine bedrängte Nation letzten Endes die Entscheidung zum Guten schafft: auf die seelische Größe des obersten Führers. . . . Wir denken an ihn als den Mann, der durch die bloße Stärke seines Charakters ein geteiltes und zerrüttetes Land bis zum Siege zusammenhielt, und der, nachdem der Frieden errungen war, seine uneinigten Volksgenossen durch ihre Liebe, ihre Hochachtung und ihre Bewunderung für ihn weiter festhielt, bis eine Nation zu bleibender Einheit und Kraft zusammengeschweißt war. Das, meine Damen und Herren, . . . wird immer die Größe aller großen Staatshäupter in der Geschichte bleiben.“

Also sprach BRÜNING über — GEORGE WASHINGTON auf einer Gedenkfeier, die aus Anlaß von dessen 200. Geburtstag am Sonntag mittag im Sitzungssaal des Reichstages stattfand.

Charakter ist freilich die erste Bedingung, die ein verantwortlicher Politiker erfüllen sollte. Aber diese Bedingung reicht nicht hin. Das wird besonders deutlich, angesichts einer Aufgabe wie der, die Wirtschaftskrise zu bezwingen. Diese Aufgabe kann nicht ohne das Rüstzeug von Vernunft und Wissenschaft gelöst werden. Freilich auch nicht ohne Charakter — wie bereits HILFERDING als Finanzminister bewiesen hat.

# Front der Antifaschisten.

## Bildung von Hammerschaften.

W-er. Wir haben bereits oft im „Funken“ darauf hingewiesen, daß es zur Bildung der proletarischen Einheitsfront wichtig ist, die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft unabhängig von aller parteipolitischen Verschiedenheit ihrer Ansichten zu gemeinsamer Aktion zusammenzubringen — insbesondere jetzt beim Kampf gegen den Faschismus. Eine besondere Aufgabe erwächst hierbei den in Bildung begriffenen sogenannten Hammerschaften.

Gegen die Bildung solcher Hammerschaften wäre selbstverständlich kein Wort einzuwenden, wenn nicht auch hier wieder die Sorge auftaucht, daß die SPD mit dieser Aktion der Arbeiterschaft nur wieder politische Geschäfte machen möchte. Wir haben oft erörtert, daß die „Freundschaft“ der SPD den Gewerkschaften gegenüber für diese kompromittierend ist. Leider haben die Gewerkschaften noch immer nicht die Kraft oder den Willen aufgebracht, der SPD den Laufpaß zu geben.

Wie sehr wir Grund haben, bei der Aufstellung der Hammerschaften auf der Hut zu sein vor SPD-Manövern, beweist eine Unterhaltung, die in einer Betriebsversammlung eines großen Betriebes stattgefunden hat.

Es wurde dort über die Bildung von Hammerschaften gesprochen. Auf die Frage, wer Mitglied dieser Hammerschaften werden sollte, erklärte der Vorsitzende des Betriebsrats: Mitglied solle werden, wer

1. treu zu den Gewerkschaften steht,
2. treu zur Republik steht,
3. wenn irgend möglich, treu zur SPD.

Er lehnte zwar nicht ab, auch Nichtmitglieder der SPD aufzunehmen; aber treu zur „Eisernen Front“ sollten die Aspiranten wenigstens stehen. Das sieht an sich auch noch harmlos aus; aber er erklärte gleich, daß die Parolen für die Hammerschaften von der Leitung der „Eisernen Front“ ausgehen würden. Gegen neue Kräfte aus den Betrieben zur Leitung der Hammerschaften wehrte er sich mit der abernen Parole, daß jetzt zum Diskutieren keine Zeit sei, sondern daß jetzt befohlen würde und pariert werden müsse.

Es erübrigt sich zu sagen, daß die Auswahl für die Hammerschaften der Betriebsrat vornimmt, und daß nur „zuverlässige“ aufgenommen werden sollen. Da auf den Anmeldungen die Frage steht: Falls politisch organisiert, seit wann? ... Wo?, findet man die Unzuverlässigen wohl schnell heraus!

Über die Tätigkeit der Hammerschaften wurde nichts bekanntgegeben. Man war sich nur einig, daß auch nach dem etwaigen Siege — HINDENBURGS der Faschismus noch nicht überwunden sei.

Selbstverständlich waren manche Kollegen mit diesen Erläuterungen der Aufgabe der Hammerschaften noch nicht einverstanden, d. h. also: die Einheitsfront ist vorläufig noch nicht erreicht dank des aufdringlichen Dazwischentreitens der SPD. Wenn diese Partei doch einmal ihre Taktik einfach umkehrte: Dem Bürgertum gegenüber unverschämte würde und den Arbeitern gegenüber so bescheiden wie bei Besuchen bei HINDENBURG und BRÜNING. Damit würde sie nicht nur der Arbeiterschaft einen Gefallen tun, sondern auch sich selber nützen.

## „In Offenbach ist noch keiner verhungert.“

K. Seb. So sprach der sozialdemokratische Oberbürgermeister von Offenbach a. M. vor einigen Tagen beim Abbau der Unterstützungsleistungen.

Der ab 1. März vorgesehene Unterstützungsabbau bei den Wohlfahrtsunterstützungsempfängern beträgt im Durchschnitt 20 Prozent. Er betrifft Erwerbslose, die zum großen Teil vier, fünf und mehr Jahre erwerbslos sind. Die Unterstützung beträgt jetzt zum Beispiel für ein kinderloses Ehepaar zehn Mark pro Woche gegen 12,54 Mark vorher. Der Kinderzuschuß beträgt für Kinder bis zu 14 Jahren 3 Mark. Der Stadtarzt hat in der Wohlfahrtsdeputation erklärt, daß er bei

solchen Unterstützungssätzen die Verantwortung für die Gesundheit der Bevölkerung, in erster Linie der Kinder, ablehnen müsse.

In einer Protestversammlung der Erwerbslosen, zu der etwa 1200 Personen erschienen waren, wurde eine Kommission bestimmt, die versuchen soll, in Verhandlungen mit dem Oberbürgermeister den Abbau zu verhindern. Für den Fall, daß der Abbau trotzdem zur Durchführung gelangt, wurden Gegenmaßnahmen festgelegt. So sollen die Gebühren für Gas, Wasser und Licht, ferner der Mietbetrag, der über den vom Wohlfahrtsamt festgesetzten Mietzuschuß hinausgeht, nicht mehr bezahlt werden.

Die Erbitterung der Erwerbslosen spricht aus dem Vorschlag eines Erwerbslosen: Wenn uns nichts anderes mehr übrig bleibt, dann schicken wir unsere Kinder geschlossen in das Städtische Versorgungshaus; dort mögen sie sehen, wie sie mit ihnen fertig werden.

Der Unterstützungsabbau ist darauf zurückzuführen, daß der Stadt Offenbach wöchentlich 20 000 Mark weniger vom Reich zur Verfügung gestellt werden, weil die Richtsätze zu hoch seien im Vergleich zu anderen Städten. Gegen dieses Diktat wird der Offenbacher Stadtrat, der in seiner nächsten Sitzung den Abbau ablehnen wird (Arbeiter-Mehrheit), voraussichtlich nichts ausrichten.

## Kriegsberichte.

Zwei Londoner Morgenzeitungen, die ihre neuesten Berichte von den Kämpfen um Schanghai am vorigen Sonnabend mit authentischen Bildern versehen hatten, setzten unter die gleiche Photographie die folgenden Unterschriften:

Die eine Zeitung: „Rache Japans. — Ein lobhaftes Bild, das gestern in England eintraf. Japaner reißen eine chinesische Eisenbahn in der Nähe von Schanghai während ihres Angriffs auf Tschapei ab.“

Die andere: „Zur Sicherung. — Chinesische Truppen montieren die Eisenbahnschienen beim Nordbahnhof von Schanghai ab, um die Benutzung der Wusung-Eisenbahn seitens der Japaner zu verhindern.“

Da das ganze Bild etwas blaß und nicht sehr deutlich ist, könnte es auch möglich sein, daß es weder Japaner noch Chinesen sind, sondern englische Eisenbahnarbeiter, die (vielleicht bei Nebel), in England die Schienen ausbessern. Ob die telegraphischen Berichte, die wir über die Kämpfe in Schanghai erhalten, wohl ebenso „authentisch“ sind?

(Nach einem Bericht des „Manchester Guardian.“)

## Zum „Schutz von Regierungspersonen“.

W. L. Vor dem Kasseler Schöffengericht hatte sich dieser Tage ein Delegierter eines Landort-Erwerbslosenausschusses wegen Beleidigung eines Landrats im Schnellverfahren zu verantworten.

In einer Erwerbslosen-Delegiertenkonferenz des Landkreises Kassel hatte der Landrat auf eine Anfrage des Angeklagten angekündigt, daß die Gutscheine-Abfindungen Erwerbsloser vom 15. Februar ab durch Barzahlungen ersetzt werden würden. Als das bei der nächsten Auszahlung, am 19. Februar, nicht geschah — wie der Landrat nachher behauptete, war es aus technischen Gründen noch nicht für alle Landorte möglich gewesen —, da rief der Angeklagte impetuos aus: „Ich muß den Herrn Landrat als Lügner bezeichnen.“

„Bei der Vernehmung“ erklärte der Angeklagte, er habe keineswegs die Absicht gehabt, den Landrat persönlich herabzusetzen, er habe nur gegen die Nichteinhaltung des Versprechens protestieren wollen.

Das Urteil lautete auf 100 Mark Geldstrafe bzw. zehn Tage Gefängnis wegen öffentlicher Beleidigung. Straferlaß wurde in Aussicht gestellt. Der Staatsanwalt hatte die Mindeststrafe beantragt, die von der Notverordnung zum Schutze von Regierungspersonen vorgesehen wird: drei Monate Gefängnis!

Am unverständlichsten war in dieser ganzen Angelegenheit das Verhalten des sozialdemokratischen Landrats. Bei der

Verhandlung hatte er gnädig zum Ausdruck gebracht, er habe für derartige impulsive Äußerungen von langjährig Erwerbslosen volles Verständnis und würde keinen Strafantrag stellen. Trotzdem verlangte er später eine exemplarische Bestrafung des Angeklagten, um von „unangebrachten Agitationsmethoden“ abzuschrecken.

Warum wird der Herr Landrat nicht genötigt, seine Worte so genau auf die Waagschale zu legen, wie man das von den Erwerbslosen verlangt?

## Rundfunksendungen, die wir zur Beachtung empfehlen.

- Dienstag, den 8. März.**
- Königswusterhausen:**  
17.30 Dr. SCHWENGER: Die soziale Frage im industriellen Betrieb und ihre Lösung.  
18.00 Dr. EBERLE: Die Psychologie des Wählens.  
19.25 Prof. AUGUST MÜLLER und Dr. F. PINNER: Abkehrung von der Goldwährung? (Vergleiche „Goldwährung und Wirtschaftskrise“, im „Funken“, Nr. 25.)
- Leipzig:**  
21.15 Dr. STEERUWITZ, ehemaliger Bundeskanzler in Oesterreich: Deutschland und Oesterreich im Rahmen der mitteleuropäischen Wirtschaft. (Vergleiche „Internationale Solidarität“, im „Funken“, Nr. 18.)  
22.20 Dr. RAEUSCHER: Politische Zeitungsschau.
- Mühlacker:**  
18.40 Prof. LIEFMANN: Kartelle, Konzerne, Trusts. (Vergleiche „Vogel-Strauß-Politik“, im „Funken“, Nr. 34, vom 10. Februar 1932.)
- Wien:**  
15.50 H. DOERY: Oesterreichs Bedeutung in der internationalen Tierschutzbewegung.
- Mittwoch, den 9. März.**
- Berlin:**  
15.20 KURT GROSMANN: Das Asylrecht.  
18.15 Studenten diskutieren: Für und wider die Erfüllungspolitik. (Vergleiche „Ein kapitalistisches Täuschungsmanöver“, im Funken, Nr. 16, vom 20. Januar 1932.)
- Königswusterhausen:**  
18.30 Dr. SCHLOTTMANN: Die Bedeutung des Staatsoberrichters in der Demokratie.  
19.00 Dr. FISCHER: Oesterreichische und deutsche Sozialpolitik.
- Leipzig:**  
20.00 Messe-Gewandhaus-Sonderkonzert. (Auch Königsberg und Königswusterhausen.)
- München:**  
18.55 Min.-Rat GOSLAR: Die verfassungsmäßigen Befugnisse des Reichspräsidenten.

## BESTELLSCHEIN

Hiermit bestelle ich die Tageszeitung „Der Funke“ vom ..... ab zum Preise von monatlich 2.— RM zuzüglich Bestellgeld.

Name .....  
Straße und Hausnummer .....

Bitte ausgefüllt Ihrem Briefträger übergeben oder — mit 4 Pf. frankiert — an den Verlag senden: IVA, Berlin S 14, Inselstr. 8a.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Elchler, Berlin. Anzeigen: E. Deppe, Berlin. Verlag: International. Verlagsanstalt GmbH, Berlin S 14, Inselstr. 8a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdrucker u. Verlag GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

# Unterstützt den „Funken“! Berücksichtigt die Inserenten des „Funken“!

# ISK

7. JAHRGANG 8. HEFT MÄRZ 1932

## INHALT:

ALEXIS BARANOFF:

### Wohin treibt China?

FRITZ GROB:

### Für die Einheitsfront!

Zum Nachdenken:

Selbsterkenntnis — oder Konkurrenzneid?  
Konfessions-Statistik.

Zeitschrift des Internationalen Sozialistischen Kampf-Bundes  
Preis monatl. 20 Pf. Probenummern kostenlos. Deutsche Ausgabe  
Internationale Verlagsanstalt G.m.b.H., Berlin S 14, Inselstr. 8a

## Kohlen-Bust

liefert Brennmaterialien aller Art für Industrie, Gewerbe u. Hausbrand  
Zentrale und Hauptlagerplatz  
Berlin N 58, Schwedter Str. 83

Verkaufsstellen:  
1. N 58, Schönhauser Allee 48  
2. N 58, Pappel-Allee 87  
3. C 25, Prenzlauer Straße 9  
4. NO 18, Waßmannstraße 10 A  
5. NO 43, Lietzmannstraße 16/17  
Fernsprecher f. alle Verkaufsstellen  
D 4 Humboldt 8062

## BUROBEDARFSARTIKEL

Reparaturen und Reinigung von Schreibmaschinen

A. H. TIMMERMANN

Hamburg 24, Papenhuderstr. 9  
Telephon: 25 54 42

Elegante und praktische Herren- und Damenkleidung  
auch Maß fertigt sauber und billig an  
RUDOLF SCHÖNHEIT  
Magdeburg, Otto von Guerickestr. 104, II. r. L.  
Stoffmuster in reicher Auswahl stets vorrätig

Groß-Haushaltungen, Gemeinschaften, Landhelme, Ferien-Lager, Schulen u. s. w. erhalten

Reform-Nahrungsmittel zu Ausnahme-Preisen

Bitte, Sonder-Liste anfordern!

FRISCHKOST REFORMHAUS

Magdeburg  
O. v. Guerickestraße 104

## Sprechapparate

Koffer □ Schatullen □ Schränke  
Schallplatten  
für Konzert und Unterhaltung in allen Preislagen

Otto Pfothenhauer

Weimar, Röhrstraße 40  
Verlangen Sie Angebot!

Zeitschriften, Broschüren, Flugzettel, Plakate usw.

stellt schnell, sauber und billig her

Oskar Wettig  
Gelnhausen

## Die Rechtslehre und die Politik auf ein festes, wissenschaftliches Fundament zu stellen.

wird in dem III. Band der „Vorlesungen über die Grundlagen der Ethik“ unternommen, in dem

### System der philosophischen Rechtslehre und Politik.

Von Leonard Nelson.

XXXV und 680 Seiten, 4<sup>o</sup>. 1924. Broschiert 16.— M. Ganzleinen 19.— M.

Der Wert des Buches für den Befreiungskampf des Proletariats wird erkennbar aus NELSONs einleitenden Worten:

„Denn wie überall so bietet auch hier nur die Führung kritisch begründeter Prinzipien einen Schutz gegen die zweifache Gefahr, daß die Freiheit vom Dogma in die Orientierungslosigkeit des Opportunismus, die Festigkeit der Orientierung dagegen in die Tyrannei des Dogmas ausartet. Diese Festigkeit mit jener Freiheit zu vereinigen, das ist der Sinn der Selbstverständigung, die den Zweck dieses Buches bildet.“

Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 14, Inselstraße 8a.

## Wahlvorbereitungen der französischen Kammer.

R. B. Paris, 4. März.

Die französische Kammer arbeitet „mit Volldampf“, so berichten viele Zeitungen, vor allem die regierungsfreundlichen. Manchmal sind drei Sitzungen am Tag, morgens, nachmittags und abends. Das Budget soll erledigt werden, ein Budget, das vermutlich große Löcher aufweisen wird — zum Beispiel sind unter den Einnahmen die Reparationen eingetragen!

Wenn man die Debatten der Kammer genauer ansieht, findet man allerdings auch manche langatmige Diskussion über unwesentliche Dinge. Die Opposition, besonders die Sozialdemokratie, beschuldigt die Regierung einer Verschleppungstaktik.

Die Opposition hat sich nämlich vorgenommen, das Budget so schnell wie möglich zu verabschieden. Sie hat ihre Gründe dafür: Je schneller diese Frage erledigt ist, desto eher kann das Datum der Wahl festgesetzt werden. Und die Linke möchte die Wahl bald haben. Sie hat Angst vor den Preußen-Wahlen, die möglicherweise den Nationalisten ein Argument in die Hand geben. Kommt HITLER ans Ruder, so wird sich das sonst linksgerichtete französische Bürgertum nach rechts wenden. Ein alter Arzt, der mir viel über das Kleinbürgertum in der Provinz erzählte, über die republikanischen Traditionen, die dort herrschen, und die im Grunde fortschrittliche Stellungnahme, sagte mir, daß die Furcht vor dem deutschen Nationalismus in der Provinz Panikstimmung auslösen könne und dann werde eine „himmelblaue Kammer“ das Ergebnis sein. (Blau ist die Farbe der französischen Soldatenuniformen, das Symbol der Reaktion.) Das ist die Gefahr der bevorstehenden Wahlen.

Auf der andern Seite hoffen die französischen Sozialdemokraten, bei einer frühen französischen Wahl eine linke Kammer zu erhalten und damit einen günstigen Einfluß auf die deutschen Wahlen auszuüben. Darum der Verzicht der Linken, sich auf Budget-Debatten einzulassen.

Aus dem gleichen Grunde ist es verständlich, daß die Regierung und die Kammer-Mehrheit sich bemühen, die Debatten über das Budget in die Länge zu ziehen. Allerdings machen sich auch auf der rechten Seite Stimmen bemerkbar, die für eine schnelle Verabschiedung des Budgets eintreten. Es sind die an der Schwerindustrie interessierten Kreise, die fürchten, daß es ungünstig auf den Finanzmarkt wirkt, wenn das Budget lange unerledigt bleibt.

Der Senat versucht noch immer, den Vormarsch der Rechten zu bremsen. Er will daher gleich nach Abschluß der Budget-Debatten offiziell die Frage nach dem Datum der Wahl stellen und so der Kammer-Linken zu Hilfe kommen. Der alte CHERON, der die gemäßigte bürgerliche Linke im Senat vertritt, will sich nicht geschlagen geben. Er hat sich nach Kräften gegen das neue Wahlgesetz gewehrt; er hat mitgearbeitet am Sturze LAVALS. Jetzt soll die Taktik der möglichst frühen Wahlen etwas von dem wirklichen, was man durch den Sturz LAVALS vergeblich zu erreichen versucht hat.

TARDIEU und LAVAL scheinen auf das neue Wahlgesetz verzichtet zu haben. Eine regierungsfreundliche Zeitung, „L'Intransigeant“, verurteilt schon, daß die Sache überhaupt wieder zur Sprache gebracht wird. TARDIEU hat offenbar ganz andere Pläne im Kopf, als dieses Gesetz. Er will seinen Genfer Ruhmeskranz befestigen, um bei den Wahlen nach dem Muster CASARS sagen zu können: „Ich kam, sah und siegte!“ Die rechtsstehende französische Presse besingt sein Verdienst in den höchsten Tönen.

Ob die Frauen das Wahlrecht erhalten werden, steht noch immer nicht fest. Davon hängt für den Ausgang der bevorstehenden Wahl noch einiges ab.

In zwei Wochen wird man über die Aussichten für die französischen Wahlen mehr Klarheit haben als heute.

## Frankreich und die Tschechoslowakei.

k Paris, 5. März.

Die französische Kammer hat sich am Sonnabend vormittag mit der 600-Millionenanleihe für die Tschechoslowakei beschäftigt und den am 3. März abgeschlossenen Vertrag zwischen der französischen und der tschechoslowakischen Regierung mit 325 gegen 20 Stimmen angenommen.

## Krieg und Frieden.

Von LEONARD NELSON.

III.

### Die Demokratie und der Friede.

Aus den bisherigen Nachweisungen geht schon hervor, daß, wie eine rechtliche Politik im Inneren des einzelnen Staates für die Lösung ihrer Aufgaben auf die Einführung eines rechtlichen Verhältnisses im äußeren Verkehr der Staaten angewiesen ist, so auch umgekehrt eine rechtliche Organisation der Staatengemeinschaft nur zwischen solchen Staaten von Bestand sein wird, die in ihrem eigenen Inneren rechtliche Zustände aufweisen.

Dieses Verhältnis macht zunächst volle Publizität auch in bezug auf die auswärtige Politik der Regierungen notwendig, womit denn die Beseitigung der die Völker betragenden geheimen Diplomatie von selbst gefordert ist.

Keineswegs aber folgt daraus, daß wir uns von der sogenannten demokratischen Kontrolle der Sicherung des Friedens versprechen dürfen, wie dies die Meinung jener pazifistischen Doktrinäer ist, die längst das Axiom proklamiert haben, die Demokratie sei die Gewähr des Friedens, denn die Völker wollten den Krieg nicht. Hierin liegt eine gefährliche Täuschung. Daß ein Despot mit dem Leben seiner Untertanen spielt, ist allerdings unmittelbar widerrechtlich. Aber dieses widerrechtliche Verhältnis verschwindet nicht durch die Demokratisierung der Staatsform, sondern wechselt hier nur seinen Namen, zumal unter einer Einrichtung wie der allgemeinen Wehrpflicht, diesem fatalen Geschenk der Demokratie an die Völker, — einer Einrichtung, die im wirklichen Rechtsstaat, wo die Regierung ihre Macht über das Volk nur zur Abwehr widerrechtlicher Angriffe gebrauchen würde, nicht verwirklicht wäre, in der Demokratie aber um so mehr dem Mißbrauch ausgesetzt ist, als dieser durch die Meinung, eine Maßnahme werde durch die demokratischen Formen, in denen sie sich vollzieht, rechtlich sanktioniert, geradezu begünstigt wird, und als hier in der Tat keine bestimmte Person als sichtbarer Träger der Verantwortung für einen solchen Mißbrauch hervortritt, da hier ja das Volk nur im Namen seines eigenen Heldenruhms in den Krieg geführt wird.

TARDIEU führte aus, daß der tschechoslowakische Staat seit seiner Gründung ein Muster der Finanzpolitik gewesen sei. In letzter Zeit hätten sich die finanziellen Verhältnisse allerdings verschlechtert, da die Tschechoslowakei wegen ihrer Haltung in der Anschlußfrage Zwangsmaßnahmen ausgesetzt gewesen sei. Frankreich habe alle Garantien, daß seine Industrie durch die Anleihe keine Beeinträchtigung erfahren werde. Es gebe wenige Länder, die Frankreich so zu schützen verpflichtet sei wie die Tschechoslowakei. Dieses Land sei die treibende Kraft der Kleinen Entente und habe Frankreich in Genf stets unterstützt. Ebenso diene die Tschechoslowakei als Grundlage für eine bessere Organisation Zentraleuropas.

c Prag, 6. März.

Die tschechische Presse beschäftigt sich ausführlich mit der Kammerrede TARDIEUS über die Anleihe für die Tschechoslowakei sowie mit dem französischen Donaubund-Plan. Die amtlichen Berichte über die Rede TARDIEUS heben besonders die Stelle hervor, in der TARDIEU sagte, Oesterreich und Deutschland hätten wegen der ablehnenden Haltung der Tschechoslowakei in der Anschlußfrage Zwangsmaßnahmen gegen dieses Land zur Anwendung gebracht. Die tschechische Regierungspresse begrüßt die freundschaftlichen Worte TARDIEUS lobhaft, während die tschechischen Oppositionsblätter BENESCH vorwerfen, daß die ihm befreundeten französischen Linksparteien nicht einmal die Hand für die tschechische Anleihe erhoben hätten.

## Hervé über den Donaubund.

k Paris, 7. März.

HERVE schreibt am Montag in der „Victoire“, der französische Plan zur Schaffung einer Donaueföderation sei an und für sich lobenswert; wenn er wirklich eine Besserung der Wirtschaftslage der beteiligten Länder bewirke und dabei auf den guten Willen Oesterreichs und Ungarns treffe. Jedermann wisse aber, daß Oesterreich sehr viel lieber mit Deutschland verbunden wäre, selbst wenn es davon wirtschaftlich nur geringe Vorteile haben sollte. Ungarn werde niemals mit dem Herzen dem französischen Plan zustimmen, wenn man ihm nicht die durch den Vertrag von Trianon entzogenen und von Ungarn bewohnten Gebietsteile zurückgebe. Die wahre Befriedigung der Donauländer bestehe daher darin, Oesterreich durch eine „leichte Retouche“ des Versailler Vertrages die Möglichkeit zu geben, sich mit Deutschland zu verbinden und ferner den Trianoner Vertrag dahin zu ändern, daß auch Ungarn zu seinem Recht gelange. Er, HERVE, wisse sehr wohl, daß die französische Regierung auf keinen Fall eine Aenderung dieser Verträge vornehmen werde, um den Nationalisten und den französischen Vasallenstaaten nicht zu mißfallen. Für Frankreich selber und schließlich auch für ganz Europa sei diese Tatsache aber höchst bedauerlich.

## England zum Donaubundplan Tardieus

m London, 5. März.

Von zuständiger englischer Stelle wird bestätigt, daß TARDIEU England vorher unterrichtet habe, ehe er sich in Genf an die Vertreter Ungarns, Oesterreichs und der Kleinen Entente mit seinen Donaubundplänen gewandt habe. Die Tatsache, daß die englische Regierung von dieser Absicht Kenntnis genommen hat, sei aber noch keineswegs gleichbedeutend mit einem völligen Einverständnis mit den Plänen TARDIEUS in ihrer jetzigen Form.

„Manchester Guardian“ schreibt, daß diese Abmachungen von ungeheurem Wert für die betreffenden Länder sein müßten. Aber Frankreich habe nicht nur den Schutz seiner finanziellen Interessen im Auge, sondern es habe auch politische Beweggründe. Der französischen Politik schwebten eine Reihe von Abkommen in Südosteuropa vor, die Deutschland endgültig von den Vorteilen eines Donaubundes ausschließen sollten.

v Berlin, 5. März.

Das deutsche Auswärtige Amt ist inzwischen offiziell durch den französischen Botschafter von den französischen Plänen unterrichtet worden.

## Neues aus China.

Aus Schanghai.

Die Japaner rücken vor. Die 20-km-Zone ist allem Anschein nach bereits überschritten. Bis zum Sonntag morgen hatten beide Seiten schon starke Verluste erlitten. Der Oberbefehlshaber der japanischen Truppen in Schanghai hat dem japanischen Kriegsminister telegrafisch mitgeteilt, die Lage habe sich so zugespitzt, daß die japanischen Truppen den Befehl zum Angriff erhalten müßten; andernfalls würden die Chinesen die Offensive ergreifen.

SUNFO, der Sohn SUN YAT SENS, hat dem Vollzugsausschuß der Kuomintang in einem Telegramm erklärt, die chinesische Regierung dürfe mit Japan keinen Frieden schließen, solange japanische Truppen in China ständen.

Die chinesische Telegrafagentur Gomyn teilt mit, die chinesische Regierung plane, die Stadt Lojang zur vorläufigen Hauptstadt der chinesischen Republik zu erklären. Die Stadt Sianfu in der Provinz Schensi soll unter ihrem altchinesischen Namen Sitsching zur zweiten Hauptstadt gemacht werden.

Seit der angeblichen Einstellung der Feindseligkeiten haben keine neuen Waffenstillstandsverhandlungen stattgefunden. Die Chinesen weigern sich, zu den von den Japanern damals genannten Bedingungen Verhandlungen aufzunehmen. In Schanghai wächst die Erregung der chinesischen Bevölkerung. Große chinesische Kundgebungen finden statt, gegen die am Sonntag ausländische Truppen eingesetzt wurden, um die Ruhe wieder herzustellen. Wie die japanische Presse mitteilt, haben chinesische Handelsverbände in Schanghai beschlossen, den Handelsboykott gegen Japan fortzusetzen. Die japanischen Behörden erklären, sie würden keine Kundgebung für diesen Boykott zulassen.

Aus der Mandschurei.

g Mukden, 5. März.

Der frühere Kaiser PUJI hat die Präsidentschaft des mandtschurischen Freistaates endgültig angenommen, nachdem er vorher, alter chinesischer Ueberlieferung gemäß, dreimal abgelehnt hatte.

g Mukden, 6. März.

Der neu ernannte Präsident der Mandschurei, PUJI, erklärte, er wolle sein Amt nur ein Jahr behalten. Nach Ablauf dieser Frist werde er nur bleiben, wenn die nationale Volksversammlung ihm einstimmig das Vertrauen ausspreche. Seine Politik werde eine Politik des Friedens sein.

Die Großmächte:

i Genf, 5. März.

In der Sonnabend-Aussprache der Völkerbundsversammlung sprachen fast alle Redner gegen Japan und forderten, daß die im Völkerbundsstatut vorgesehenen Zwangsmaßnahmen angewandt würden, falls Japan sich weigere, einen Vermittlungsvorschlag des Völkerbundes anzunehmen.

Die amerikanische Regierung wünscht, daß die grundsätzlichen Fragen im chinesisch-japanischen Konflikt vom Völkerbund gelöst werden und daß die vorgesehene Konferenz in Schanghai nur die Logo in Schanghai selber klären soll.

c Tokio, 5. März.

Der russische Botschafter in Tokio, TROJANOWSKI, erklärte der japanischen Regierung nach der bekannten Mitteilung des japanischen Generalkonsuls in Wladivostok, Rußland ziehe an der russisch-koreanischen Grenze Teile der Roten Armee zusammen, halte Rußland das Verbleiben des japanischen Generalkonsuls auf diesem Posten für vollkommen unmöglich. Die russische Regierung erwarte, daß die japanische Regierung den Generalkonsul von seinem Posten entferne.

Trotz der russischen Vorstellungen steht die japanische Regierung auf dem Standpunkt, daß der Konsul nur seine Pflicht getan habe.

Von japanischer amtlicher Seite wird erklärt, daß die Alarm-Nachrichten der Sowjetpresse, wonach Japan sich auf einen Krieg mit Rußland vorbereite, um die russischen Gebiete im Fernen Osten zu besetzen, jeder Grundlage entbehren.

Sind die Völker auch im Interesse am Frieden solidarisch, so ist dies doch nur ihr wohlverstandenes Interesse, das sich als solches nicht von selbst durchsetzt, sondern durch eine irreführende öffentliche Meinung verdunkelt und durch die demagogische Dialektik widerstreitender Privatinteressen unwirksam gemacht werden kann.

Daß das wahre Interesse der Völker zur Geltung gelangt, kann daher nicht durch die Gleichheit der Beteiligung aller Volksgenossen an der Regierung verbürgt werden, sondern nur dadurch, daß diejenigen zur Regierung gelangen, die die hinreichende Einsicht und Tatkraft besitzen, jenes Interesse zur Geltung zu bringen. Wenn diese es versäumen, sich in den Besitz der Macht zu setzen, so wird die Tyrannei der für den Krieg Interessierten und Fanatisierten den Ausschlag geben, und keine Staatsform wird den Frieden erhalten können. Denn, wird wohl der Tyrann, weil er, durch keinen Regententhron dem Volke kenntlich, nur auf den Schleichweg der Erpressung (vermöge seiner Kapitalmacht) und des Betrugens (durch eine käufliche Presse) — unter der Maske der politischen Gleichberechtigung also — seine Tyrannei ausübt und das Volk in den Krieg treibt, — wird er durch solche Maskierung ungefährlicher?

Ein gebildetes Volk, das sich solchem Mißbrauch aussetzt, gibt damit selbst seine Würde preis, schon ehe der Fall wirklich eintritt, daß es auch physisch zur Schlachtbank geführt wird.

### Neutralität und Intervention.

Wie sollen wir nun aber das rechtliche Verhältnis der Staaten beurteilen, solange der Staatenbund noch nicht eingeführt ist?

Bei dieser Frage treten einander wieder zwei widerstrebende politische Maximen entgegen, eine Maxime der Neutralität und eine solche der Intervention.

Wenn das, was man Intervention nennt, nur darauf hinausläuft, günstige Gelegenheiten zu ergreifen, um durch eine Einmischung in die Angelegenheiten anderer für sich selbst einen Vorteil zu erraffen, so ist die Maxime der Intervention offenbar verwerflich. Neutralität, als der Grundsatz verstanden, sich aller selbstsüchtigen Eingriffe in fremde Angelegenheiten zu enthalten, wird daher allerdings die Maxime eines jeden Rechtsstaates sein.

Versteht man aber, wie dies leicht geschieht, unter Neutralität die Maxime, sich um die Angelegenheiten anderer nicht zu kümmern und jeden seinen Weg gehen zu lassen, so ist sie ein unsoziales Prinzip, das darauf hinausläuft, im Verhältnis der Staaten den Zufall walten zu lassen. An und für sich gibt es zwar im Verhältnis der Staaten so wenig wie sonst ein Recht zum Gebrauch von Gewalt. Aber wenn von Seiten anderer widerrechtlich Gewalt angewandt wird, so kann es nicht unrecht sein, sich zur Abwehr dieser Gewalt wieder der Gewalt zu bedienen. Solange daher kein Staatenbund existiert, so lange wird es unvermeidlich bleiben, daß man sich zur Abwehr widerrechtlicher Eingriffe der Gewalt bedient, ja sich im voraus für diesen Fall rüstet. Und diese Befugnis zur Anwendung von Gewalt beschränkt sich nicht auf den Fall, daß der eigene Staat mutwillig angegriffen wird, sondern gilt auch sonst, wo der Friede widerrechtlich gestört wird und durch Intervention das Rechtsverhältnis wieder hergestellt werden kann.

Die Gerechtigkeitsliebe wird in allen solchen Fällen die Maxime der Intervention vor der der Neutralität bevorzugen. Die Bevorzugung der Neutralität in derartigen Fällen entspringt nur entweder aus dem begründeten Bewußtsein der Unzulänglichkeit der eigenen Kräfte, um der Intervention den Erfolg zu sichern, oder aus der selbstsüchtigen Gesinnung, sich da nicht in Unkosten zu stürzen, wo keine Geschäfte zu machen sind. Nun wird zwar schwerlich je eine Intervention anders als im Namen von Recht und Kultur unternommen werden. Die Ehrlichkeit dieser Versicherung läßt sich aber leicht genug auf die Probe stellen. Man braucht nur zu fragen, ob der intervenierende Staat auch da zu intervenieren bereit ist, wo er sich keinen Privatvorteil davon versprechen kann. Wenn z. B. die Regierung eines Staates unter Berufung auf das Interesse der Kultur zur Kolonisation ferner Länder schreitet und heidnische Völkerschaften unter ihre Herrschaft zwingt, um ihnen die Segnungen des Christentums zuteil werden zu lassen, solange noch im christlichen Nachbarstaat eine despotische Regierung durch die scheußlichsten Verbrechen das Volk in wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht an den Rand des Abgrunds bringt, so wird man nicht im Zweifel sein, wie viel man auf die Betauerung der Kulturfreundlichkeit ihrer Interventionen zu geben hat.

(Fortsetzung folgt.)

# Kostensenkung, eine Machtfrage.

Das Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit zusammen mit dem Verband der Dozenten für Betriebswirtschaftslehre an deutschen Hochschulen veranstaltete am 3. und 4. März in Berlin eine Diskussionsstagung über: „Kostenaufbau, Kostensenkung, Preisgestaltung.“ Ein in Anbetracht der bereits vollzogenen und zur Ueberwindung der Krise noch notwendigen Preissenkungen sehr zeitgemäßes Thema!

Anwesend etwa 500 bis 600 „Männer der Wissenschaft und Praxis“. Hochschullehrer, Kaufleute, Ingenieure. Nach Aussage des letzten Diskussionsredners war „die Elite der betriebswissenschaftlichen Fachwelt“ versammelt.

## Gegen Kartellpreise!

Schon der erste Redner, Professor GELDMACHER (Köln), wies darauf hin, daß die verhängnisvoll hochgehaltenen Kartellpreise (er fügte hinzu: und die starren Lohnarbitraverträge) die notwendige „Anpassung der Wirtschaft“ erschweren.

## Ein Prokurist der Vereinigten Stahlwerke sagt die Wahrheit.

Oberingenieur KREIS, Prokurist der Vereinigten Stahlwerke, legte — natürlich, ohne das zu wollen! — dar, was die Eisenkartelle damit angerichtet haben, daß sie durch Hochhaltung der Preise den Absatz und damit die Produktion drosselten. Er machte folgende Angaben: Vom Roheisen bis zum fertigen Walzeisen durchgerechnet, betragen die fixen Kosten (die Kosten, die sich bei Aenderung der Produktionsmenge nicht mit ändern) 30 Prozent. Diese Kosten sind wie ein starrer Block, der die Preissenkung um so mehr hemmt, je weniger in einem Betrieb produziert wird.

Das Kartell beschränkt die Ausnutzung der Betriebe. Durch die Kartellbildung wird also die Kosten- und Preissenkung gehemmt. — Diese Folgerung durfte allerdings jener Oberingenieur nicht ziehen!

## Unausgesprochene Schlußfolgerungen.

Der erste Tag der Diskussion, an dem zahlreiche Vertreter von Industrie, Landwirtschaft und Handel zu Wort kamen, ließ klar erkennen: Der Preissenkung steht vor allem der Block der fixen Kosten entgegen. Dieser Block kann, weil er Kapitalverzinsung und Kapitalabschreibung mit enthält, vor allem von der Kapitalseite angegriffen werden: durch entschlossenes Eingestehen von Kapitalverlusten, also durch Abschreibungen. Das wurde im Schlußwort des ersten Tages angedeutet, aber keineswegs klar ausgesprochen.

## Viele richtige Behauptungen.

Das Referat von Professor MAHLBERG (Freiburg) am zweiten Tag war eine so typische Mischung von Richtigem und Falschem, daß ich ausführlich darauf eingehen will.

„Durch Zwang werden Tote am Leben erhalten und durchgeschleppt. Ueberflüssige Betriebe werden (infolge von Kartellbildung) nicht ausgemerzt, sondern ungeschützte Branchen werden vernichtet. Gesunde Betriebe, die zufällig mit viel fremden Mitteln arbeiten, machen bankrott. Eine Reinigungskrise wäre besser als der Schrecken ohne Ende.“ — Alles sehr richtig!

MAHLBERG erörterte die Möglichkeit einer weiteren Notverordnung: „Hierdurch werden alle allgemeinen Preisvereinbarungen aufgehoben.“ Preisabbau durch Konkurrenz! Wenn man diesen Weg nicht gehe und auch nicht einfach neben die heutige Produktion eine zweite Produktion aufbaue unter Ausnutzung der leerstehenden Betriebe und der brachliegenden Arbeitskräfte, so blieben nur eine Reihe kleinerer Maßnahmen wie zum Beispiel: Die Reichsbank gibt Kredite zur Finanzierung zusätzlichen Umsatzes zu 1 Prozent; Gratiszuweisung von Arbeitslosen an Unternehmer, dabei erhalten die Arbeitslosen ihre Unterstützung weiter und außerdem 25 Prozent des Tariflohns; Rohstoffe für zusätzlichen Umsatz dürfen zu niedrigeren als Kartellpreisen geliefert werden. MAHLBERG ist bei all diesen Kompromißvorschlägen — und mit Recht — nicht wohl. Das zeigt seine Aeußerung: „Zu solcher Verwicklung kommt man, wenn man die Konkurrenz lahm legt, wenn man die Grundkosten der Wirtschaft zwangs-bewirtschaftet.“

## Zwei grundlegende Irrtümer.

MAHLBERG fordert wie die meisten seiner Kollegen außer der Beseitigung der Kartellpreise die Beseitigung der Tariflöhne. Dieser Forderung liegen zwei Irrtümer zu Grunde, wie ich hier kurz andeuten will:

1. MAHLBERG bedenkt nicht, daß der Lohn nach Aufhebung der Tarifverträge erst recht ein Monopollohn wäre, nämlich ein durch kapitalistische Monopole niedrig gehaltener Lohn. Die Gewerkschaften haben, zeitweise und teilweise unterstützt von der amtlichen Schlichtungspolitik, ja nur dem kapitalistischen Monopol auf dem Arbeitsmarkt ein kleines Gegengewicht entgegengesetzt, keineswegs aber dieses Monopol gebrochen, geschweige denn selber dort ein Monopol aufgerichtet. Das zeigt sich deutlich darin, daß zwar die Arbeitnehmer — von seltenen Ausnahmen abgesehen — um die Arbeitsplätze konkurrieren, keineswegs aber die Arbeitgeber um die Arbeitnehmer; die Arbeitgeber nützen diese monopolistische Lage aus, um den Lohn zu drücken. Die Folge davon: fehlende Massenkaukraft, Krise.

2. MAHLBERG fordert eine allgemeine Lohnherabsetzung und behauptet, die Reallöhne blieben dabei gleich. Denn: „10 Prozent Lohnsenkung sind 10 Prozent Kostensenkung.“ — Das wäre aber nur so in einer Wirtschaft, in der mit den Kosten sofort die Preise sinken und in der sich die Kosten nur aus Löhnen zusammensetzen. Beides ist heute nicht der Fall. Von einem weiteren Kostenbestandteil hat übrigens MAHLBERG ausdrücklich gesprochen; er erhofft eine Belebung der Wirtschaft ja gerade davon, daß bei fallenden Preisen die Kaufkraft der Zinseinkommen steigt. Glaubt er eigentlich, diese Kaufkraftsteigerung komme aus dem luftleeren Raum? Sie würde bei gleichartiger Lohn- und Preissenkung gerade darauf beruhen, daß die Kaufkraft der Arbeitseinkommen durch die Lohnsenkung stärker gekürzt, als durch die Preissenkung erhöht wird.

## Professoren-„Unschuld“?

Professor SCHMIDT (Frankfurt a. M.) macht denselben Fehler der Gleichstellung von Kartellpreisen und Tariflöhnen: „Wachsende Kohlenhalden sind der Erfolg der Stabilisierung der Preise. Wachsende Arbeitslosigkeit ist der Erfolg der Stabilisierung der Löhne.“

Geradezu kindlich war seine Behauptung: Leerstehende Betriebe, brachliegende Arbeitskraft, es ist nicht einzusehen, warum sie nicht zusammenzubringen sind. „Es ist direkt eine Kunst, sie auseinanderzuhalten!“ Kindliche Unschuld eines Universitätsprofessors trotz mehr als hundertjähriger Erfahrungen mit dem Kapitalismus? Dann wird es Zeit, daß das Kultusministerium seine Mindestanforderungen an ordentliche Professoren etwas heraufsetzt!

Gern halten wir die Forderung von SCHMIDT fest: bei dem übermäßigen Bestand an Produktionsmitteln gelte es, nicht neue Produktionsmittel zu produzieren, sondern das, was die sechs Millionen Arbeitslosen konsumieren wollen.

## Die Arbeitgeber können sich einen dummen Vertreter erlauben.

Der Redner des Deutschen Arbeitgeber-Verbandes, ein Dr. ASCHENBACH, sprach derart dumm und wenig überzeugend, daß man nur sagen kann: Die Herren fühlen sich so stark, daß sie einen guten Anwalt ihrer Interessen nicht für nötig halten.

Die Durchführung der Krisenbereinigung wird nach ASCHENBACHS (und unserer) Ansicht die Bedeutung der Produktionsmittelindustrie in Deutschland zurückschrauben. „Darum fällt dieser Weg weg, muß wegfallen.“ Das ist alles, was ASCHENBACH als Begründung vorzubringen weiß. Er fährt fort: Es bleibe also (!) nichts anderes übrig, als den unmittelbaren Konsum zu beschränken (auch den der Arbeitgeber?!), damit den Produktionsmitteln ein solcher Ertrag gesichert werde, der weitere Verbesserungen des Produktionsapparates erlaubt.“

## „Ein Fünkchen Wahrheit“!

Der Sprecher des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes, DEITERS, hatte es schwor. Seinen Parteigenossen und Arbeitgebern darf er nicht zu nahe treten, und muß doch etwas sagen, was die von ihm vertretenen Angestellten lesen dürfen. Das Ergebnis dieses Zwiespalts sah so aus: „In unseren Kreisen ist oft gesagt worden, hohe Löhne seien notwendig, um die Unternehmer zur Rationalisierung anzutreiben. Das ist die Theorie der Lohnpeitsche. Man kann streiten, ob sie richtig oder falsch ist. Es ist mindestens ein Fünkchen Wahrheit daran. Bei Lohnsenkungen werden wir wohl zurückkommen gegenüber dem Ausland.“ — Wir? Wer ist „wir“? Offenbar nicht die Angestellten! Denn deren Lebenshaltung geht bei Lohnsenkungen nicht nur „wohl“, sondern sicher zurück.

Das Auftreten von DEITERS war eine gut gelungene Demonstration dafür, daß Angestellte in den Parteien der Ausbeuter nichts zu suchen haben.

## Herr Goerdeler wird richtig eingeführt.

Nun die Hauptattraktion des Tages: Herr GOERDELER, zu dessen Einführung FROWEIN (vom Vorstand des Reichsverbandes der Deutschen Industrie) der Versammlung durch einen Angestellten vorlesen ließ: Preissenkung habe für ihn einen schlechten Beigeschmack. Eine organisierte Preissenkung sei nur möglich, wenn die Löhne gesenkt würden und Reich, Länder und Gemeinden darauf verzichteten, so große Teile des Volkseinkommens für sich zu beanspruchen, wie sie es heute tun. Der Reichsverband habe schon während der Vorbereitung der Notverordnung vom 8. Dezember vor schematischer Preissenkung gewarnt. GOERDELER wird übrigens von FROWEIN bescheinigt, daß er mit Einsicht und Sachverstand seines Amtes gewaltet habe. Wir hören gleich, wo.

## Noch ein Unschuldskind?

„Ich habe mir die Sache nicht schwieriger gemacht, als man sie sich machen darf. Schon eine oberflächliche Untersuchung auf dem Gebiete der Rohstoffe hat mir gezeigt, daß bei Eisen, Kohle und Landwirtschaft ungewöhnlich ungünstige Verhältnisse zwischen Erzeugung und Absatz sind, die von vornherein auf diesen Gebieten jeden Eingriff zur Unfruchtbarkeit verdammten.“

Wie wäre es, Herr GOERDELER, wenn Sie die Sache etwas weniger oberflächlich untersuchten? Wenn Sie

zum Beispiel als Ergebnis der Tagung zur Kenntnis nähmen, daß die fixen Kosten die Preissenkung hemmen. Wenn Sie dann zum Beispiel weiter untersuchten, welche Bedeutung die fixen Kosten gerade bei Eisen und Kohle haben? — Sie haben selber gesagt: „Es ist richtig, die volkswirtschaftlich unerträgliche Uebersetzung (das Ueberoinander zu vieler, und darum schlecht ausgenutzter Betriebe) zu beseitigen statt durchzuschleppen.“ „Die Beseitigung der Uebersetzung ist volkswirtschaftlich richtig.“ Diese Behauptungen brauchen Sie nur auf die Schwerindustrie statt auf die Bäckermeister und Gastwirte anzuwenden! Sie werden bei einer weniger oberflächlichen Untersuchung der Schwerindustrie dort noch viel mehr Grund finden, gegen die Durchschleppung von Betrieben zu protestieren. Warum fassen Sie dieses „heiße Eisen“ nicht an? Es ist ja ganz nützlich, daß auch Sie noch auf die Notwendigkeit sparsamer Verwaltung hinweisen! daß Sie dabei in erster Linie an die Arbeitslosenversicherung denken, ist aber entweder ein Zeichen von volkswirtschaftlicher Unbildung oder — in Anbetracht Ihres eigenen Gehalts — von mangelndem Anstand.

Der Dank des Vorsitzenden an Sie lautete: Wir erkennen in Ihnen den seltenen mutigen Mann; das Vertrauen der Wirtschaft ist Ihnen sicher.“

Wenn Sie Mut beweisen und Vertrauen verdienen wollen, — das heiße Eisen haben wir Ihnen gezeigt.

## Sozialistische Kritik an der Tagung.

Am Nachmittag hörten wir noch einmal, von Professor PRION (Berlin): „Wenn die Reinigungskrise nur endlich einträte!“ PRION forderte private Planwirtschaft zur Herabsetzung der Kapitalien, „aber nicht Verwaltung, die keine Wirtschaft ist.“

Die Ablehnung staatlicher Eingriffe zog sich überhaupt durch die ganze Tagung als Forderung durch. Das gab NAPHTALI, als einem Anhänger der Planwirtschaft, Anlaß zu folgenden Ausführungen: In jeder kapitalistischen Krise gibt es den Augenblick der „De-kapitalisierung“, wo Kapitalverluste abgeschrieben werden müssen. Dieses Mal sind die Kapitalabschreibungen künstlich gehindert worden durch Eingriffe der öffentlichen Hand, über die ich hier noch nicht habe klagen hören. Subventionen werden in Anspruch genommen und begrüßt. Die hier gelobte Bankensanierung konnte nur gemacht werden mit Hilfe des verdamnten Staates. Sanierung kann auch heißen: Zusammenbrechen; Sanierung bedeutet auch: Abwertung von Schulden. Man hat heute die merkwürdige Vorstellung, daß die Schuld-forderungen nicht bezahlt werden müssen. Wenn Sie als Betriebswissenschaftler dazu neigen, den individualistischen Standpunkt mehr hervorzuheben, als es nach meiner Ansicht richtig ist, dann sorgen Sie dafür, daß mit dem Individualismus nicht bei der Pflöcke halt gemacht wird.

## Kapitalistische Kritik an der Tagung.

Nach dieser Kritik der Tagung von sozialistischer Seite kam eine erschlagende Kritik der meisten Reden von kapitalistischer Seite.

Dr. BRUEGEMANN von der AEG sagte klipp und klar: Ausschlaggebend für die Preisgestaltung ist die wirtschaftliche Machtstellung der Unternehmung, ob sie ein absolutes oder relatives Monopol besitzt oder in freier Konkurrenz steht.

Unsere Kritik der Versammlung: Sie klatschte zur sozialistischen und zur kapitalistischen Kritik Beifall, zur Kritik, die den Rednern Inkonsequenz vorwarf, und zur anderen, die nahezu alle Reden als leeres Geschwätz enthüllte. Helmut Rauschenplat.

## Getreidepreise diesseits und jenseits der Zollmauern.

(In Mark per Doppelzentner.)

	Diesseits.			Jenseits.
	Berliner Produktenbörse.			Hamburg.
	Wochendurchschnitt.			unverzollt
	28. 2.-5. 8.	Vorwoche	Vorjahr.	5. 3.
Weizen . . . . .	24,50	24,70	29,83	11,14
Roggen . . . . .	19,40	19,45	16,82	9,10
Braugerste . . . . .	18,38	16,93	21,33	—
Futtergerste . . . . .	17,18	16,33	20,15	9,44
Hafer . . . . .	15,35	15,20	15,15	7,69
Weizenmehl . . . . .	32,98	32,67	37,63	—
Roggenmehl . . . . .	27,89	28,70	26,38	—

## Die Verteilung des Grundeigentums in Deutschland.

In Nr. 56 des „Funken“ in der ersten Tabelle des Aufsatzes „Die Verteilung des Grundeigentums in Deutschland“ sind zwei Zeilen vertauscht worden. Wir drucken deshalb die Tabelle, wie sie richtig heißen sollte, noch einmal ab.

### 1. Privateigentum:

Größenklasse	Eigentümerzahl		Fläche in 1000 ha	
	absolut	in % der Privat-eigentümer	absolut	in % der Nutzfläche
weniger als 20 ha	3 616 043	91,9	11 998	28,6
20 bis 50 ha	241 222	7,5	7 300	26,0
50 bis 100 ha	52 751		3 510	
100 bis 1000 ha	20 993	0,6	5 132	12,9
mehr als 1000 ha	1 722		4 812	
			32 752	